



Beteiligungsbericht 2010

Beteiligungsbericht 2010

Inhalt	Seite
A. Allgemeiner Teil	2
1. Rechtliche Grundlagen	2
2. Vorbemerkungen	2
3. Begriffsdefinitionen	3
4. Erläuterung ausgewählter Kennzahlen	3
5. Übersicht über die Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen des Landkreises Calw	6
6. Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Calw an Unternehmen in privater Rechtsform	7
7. Ausgewählte Unternehmensdaten 2009	8
B. Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform	10
I. Wesentliche Beteiligungen	10
1. Unmittelbare Beteiligungen mit mindestens 25%	10
1.1 AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Calw GmbH	10
1.2 Kreiskliniken Calw gGmbH	18
2. Mittelbare Beteiligungen über 50%	29
2.1 Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH (USN)	29
II. Weitere Beteiligungen (unmittelbare Beteiligungen unter 25%)	36
1. Klinikverbund Südwest GmbH	36
2. Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH (WFG)	48
3. SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH	54
4. Schwarzwald Tourismus GmbH (STG)	58
5. Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH (GWW)	65
6. Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH	86
C. Anhang	93
Feedback-Bogen	93

A. Allgemeiner Teil

1. Rechtliche Grundlagen

Seit Inkrafttreten der Neuregelungen des Gesetzes zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze vom 19.07.1999 ist der Landkreis Calw verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht nach § 105 Abs. 2 der Gemeindeordnung i. V. m. § 48 der Landkreisordnung zu erstellen.

Mit Hilfe des Beteiligungsberichtes soll gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Entwicklung der Unternehmen in Privatrechtsform, an denen der Landkreis Calw unmittelbar oder mit mehr als 50 v. H. mittelbar beteiligt ist, abgelegt und eine transparente Darstellung über die ausgegliederte Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.

Der Beteiligungsbericht hat für jede Beteiligung in einer Rechtsform des privaten Rechts folgende Angaben zu enthalten:

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks des Unternehmens,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs des letzten Geschäftsjahres, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen sowie die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Vergleich mit den Vorjahreswerten,
- die wichtigsten Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe (Ausnahme nach § 286 Abs. 4 HGB: auf die Angabe der Bezüge kann verzichtet werden, wenn aus diesen Angaben auf die Bezüge einzelner Personen geschlossen werden kann).

Bei unmittelbaren Beteiligungen unter 25 v. H. kann die Darstellung auf den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks beschränkt werden. Die Erstellung des Beteiligungsberichts ist ortsüblich bekanntzumachen.

2. Vorbemerkungen

- Der Bericht wurde zum Stichtag 31.12.2009 erstellt.
- Bezugsgrößen sind die Jahresabschlüsse, Geschäfts- und Prüfungsberichte des Geschäftsjahres 2009.
- Ausführliche Erläuterungen und Begriffsdefinitionen befinden sich in den folgenden Kapiteln.
- Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (EUR, TEUR, %) auftreten.

3. Begriffsdefinitionen

Wesentliche Beteiligungen

Hierbei handelt es sich um Unternehmen des privaten Rechts, an denen der Landkreis Calw unmittelbar mit mindestens 25 % oder mittelbar mit mehr als 50 % beteiligt ist. Nach § 105 Abs. 2 GemO sind diese Beteiligungen im jährlichen Beteiligungsbericht umfassend darzustellen, wobei der Mindestinhalt der Darstellung genau definiert ist. Aus der Tatsache, dass der Gesetzgeber für diese Beteiligungen die umfassende Darstellung fordert, kann abgeleitet werden, dass er sie für wesentlich hält.

Weitere Beteiligungen

Hierunter fallen alle sonstigen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen.

Gemäß § 105 Abs. 2 letzter Satz GemO muss für die unmittelbaren Beteiligungen mit bis zu 25% im Beteiligungsbericht lediglich der Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse und der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks dargestellt werden.

Für die mittelbaren Beteiligungen mit bis zu 50% besteht keine Berichtspflicht. Die wichtigsten Daten dieser Unternehmen werden in der Übersicht „Ausgewählte Unternehmensdaten“ dargestellt.

4. Erläuterung ausgewählter Kennzahlen

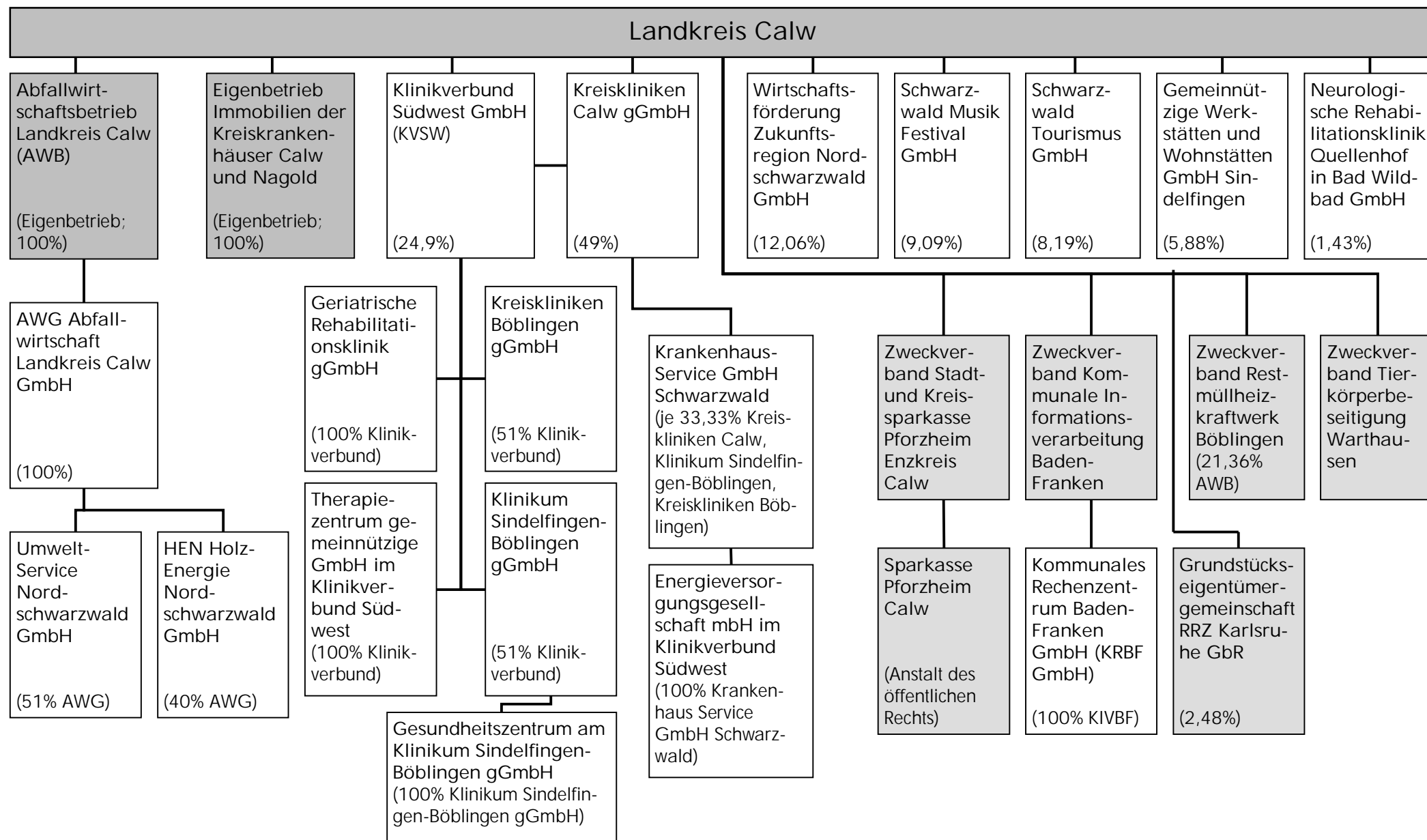
Die wichtigsten Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden für die Beteiligungsunternehmen einheitlich ausgewiesen. Um die Interpretation und den Vergleich dieser Zahlen zu erleichtern, werden die wichtigsten Kennzahlen im Folgenden erläutert:

Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$	Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen (Bilanzsumme). Unternehmen mit hoher Anlagenintensität haben oft auch einen kostenintensiven Betrieb mit hohen Fixkostenanteilen (hohe Unterhaltungs- und kalkulatorische Kosten).
Investitionsquote	$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Prozentualer Anteil der Investitionen am gesamten Anlagevermögen.

Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Zeigt den Eigenfinanzierungsanteil am Gesamtkapital an und spiegelt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit des Unternehmens wieder. Eine hohe Eigenkapitalquote gilt als wichtiger Indikator für die Bonität eines Unternehmens.
Anlagendeckung	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Der Anlagendeckungsgrad drückt aus, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist.
Bankenverschuldung	$\frac{\text{Bankdarlehen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$	Prozentualer Anteil der Bankdarlehensschulden am Gesamtkapital.
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Umsatzerlöse}}$	Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen. Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatztätigkeit. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Beurteilung der Ertragskraft eines Unternehmens.
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$	Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital. Die Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.
Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$	Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden. Bei einem Wert über 100 hat sich das Anlagevermögen durch Neuinvestitionen erhöht.

Cash Flow	Jahresergebnis + nicht auszahlungs- wirksame Aufwendun- gen (Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen) - nicht auszahlungs- wirksame Erträge (Zuschreibungen, Auflö- sung von Rückstellungen)	Der Cash Flow gibt an, welchen Mittelzufluss ein Unternehmen in einer Periode aus dem Umsatz- prozess erwirtschaftet hat. Er zeigt, in welchem Umfang Finanzmittel für Investitionen, Schuldentilgun- gen und Gewinnausschüttungen zur Verfügung stehen (Finanzmit- telüberschuss).
Personalkosten- intensität	$\frac{\text{Personalkosten} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$	Anteil der Personalkosten am Ge- samtaufwand. Damit wird ausge- drückt, wie intensiv die Unterneh- menstätigkeit vom Personaleinsatz geprägt ist.

5. Übersicht Eigenbetriebe, Beteiligungsunternehmen und Zweckverbandsbeteiligungen (Stand: 31.12.2009)



6. Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Calw an Unternehmen in privater Rechtsform

Unmittelbare Beteiligungen

Gesellschaft	Anteil des Landkreises am Stammkapital
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH, Nagold	100,00%
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	49,00%
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	24,90%
Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH, Pforzheim	12,06%
SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH, Freudenstadt	9,09%
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	8,19%
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen	5,88%
Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH, Bad Wildbad	1,43%

Mittelbare Beteiligungen

Gesellschaft	Geschäftsanteil	
	Höhe	gehalten von
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	51,00%	AWG
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	40,00%	AWG
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	51,00%	Klinikverbund Südwest
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00%	Klinikverbund Südwest
Geriatrische Rehabilitationsklinik gGmbH, Böblingen	100,00%	Klinikverbund Südwest
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	100,00%	Klinikverbund Südwest
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen gemeinnützige GmbH, Sindelfingen	100,00%	Klinikum Sindelfingen-Böblingen
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	33,33%	Kreiskliniken Calw
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	100,00%	Krankenhaus-Service GmbH

7. Ausgewählte Unternehmensdaten 2009

Gesellschaft	Bilanzsumme EUR	Anlagevermögen EUR	Eigenkapital EUR	Verbindlichkeiten EUR	Umsatzerlöse EUR	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag EUR	Arbeitnehmer Anzahl	Zahlungen aus dem Kreishaushalt EUR	
Unmittelbare Beteiligungen									
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH, Nagold	4.923.056	3.292.121	1.893.556	2.679.717	8.891.665	268.502	110		
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	25.454.011	11.573.996	5.322.929	10.476.039	53.671.677	31.509	576	991.149	(1)
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	8.599.333	5.184.069	4.875.419	3.530.496	3.695.800	30	15		
Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH, Pforzheim	299.098	14.552	267.209	6.889	699.102	50.269	3	96.000	(2)
SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH, Freudenstadt	88.939	567	-62.460	81.564	164.088	53.475	k.A.	2.556	(3)
Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg	1.185.190	108.808	178.751	864.312	3.275.841	39.252	30	132.982	(4)
Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen	50.125.646	37.632.478	31.151.908	4.691.595	56.192.043	-885.362	643		
Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH, Bad Wildbad	3.218.641	856.433	2.733.207	149.482	8.128.662	72.660	123		
Mittelbare Beteiligungen									
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	3.896.850	1.458.352	3.279.957	468.843	6.727.295	454.371	11		
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	2.611.017	1.989.738	690.773	1.838.873	695.425	-15.755	2		
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	43.585.753	16.211.025	12.074.990	21.183.649	54.034.446	-796.802	555		
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	83.501.795	38.394.631	19.773.019	43.450.002	112.754.354	-487.204	1.293		
Geriatrische Rehabilitationsklinik gGmbH, Böblingen	917.484	60.740	-338.064	785.848	3.312.376	0	42		
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	656.602	13.431	332.858	221.227	4.045.579	6.310	42		

Gesellschaft	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Eigenkapital	Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Arbeitnehmer	Zahlungen aus dem Kreishaushalt	
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen gemeinnützige GmbH, Sindelfingen	823.136	0	56.856	737.783	1.523.811	13.434	13		
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	16.788.381	11.998.203	-538.634	16.370.305	14.559.370	-687.013	249		
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	24.976	0	24.577	399	0	-423	k.A.		(5)

(1) Zuweisungen an die Kreiskliniken Calw gGmbH im Jahr 2009:

Zinsen für Altkredite	89.997 EUR
Tilgung Altkredite	467.172 EUR
Investitionszuweisung (lt. Kreistagsbeschluss vom 17.12.2007)	434.000 EUR
Summe	991.149 EUR

(2) WFG Gesellschafterumlage 2009.

(3) Zuschuss Schwarzwald Musikfestival 2009.

(4) STG Defizitausgleich 2009.

(5) Die Energieversorgungsgesellschaft wurde 2009 gegründet, die Aufnahme des Geschäfts erfolgte zum 01.04.2010

B. Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform

I. Wesentliche Beteiligungen

1. Unmittelbare Beteiligungen mit mindestens 25%

1.1 AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

Allgemeine Angaben

AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH
Gäuallee 5
72202 Nagold

Tel.: 0 74 52 - 60 06-70 72
Fax: 0 74 52 - 60 06-77 77
Email: kontakt@awg-info.de
Homepage: www.awg-info.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Abholung, die Annahme, der Transport, die Be- und Verarbeitung sowie die Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen jeglicher Art und jeglicher Herkunft sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Für Leistungen in Zusammenhang mit Abfällen aus privaten Haushaltungen werden die vorstehenden Unternehmensgegenstände im Auftrag des Landkreises Calw erfüllt.

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Calw	200.000	100,00

Die Beteiligung an der AWG wird im Abfallwirtschaftsbetrieb gehalten.

Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat	Vorsitzender
	Arnold Tölg, Landtagsabgeordneter a. D.	
	Heinz Urbschat, Konrektor i. R.	
	Beate Fauser, Kauffrau, Mitglied des Landtags	
	Wolfgang Klasen, Bezirksschornsteinfegermeister	
	Wolfgang Schlumberger, Foto-Drogist	
	Jürgen Großmann, Oberbürgermeister	
	Wolfgang Pfrommer, Landwirt	(bis 26.07.2009)
	Jörg Nonnenmann, Bürgermeister	(bis 26.07.2009)
	Alfred Breitling, Ortsvorsteher	(bis 26.07.2009)
	Hans-Michael Schabert, Bürgermeister	(bis 26.07.2009)
	Werner Noé, Lehrer i. R.	(bis 26.07.2009)
	Rudolf Bachmann, Zimmermeister	(bis 26.07.2009)
	Dietmar Greif, Bürgermeister	(bis 26.07.2009)
	Oswin Linder, Kaufmann	(bis 26.07.2009)
	Martin Blaich, Landwirt	(ab 27.07.2009)
	Thomas Gischer, Industriekaufmann	(ab 27.07.2009)
	Andreas Hölzlberger, Bürgermeister	(ab 27.07.2009)
	Karlheinz Kistner, Bürgermeister	(ab 27.07.2009)
	Wolfgang Krieg, Bürgermeister	(ab 27.07.2009)
Siegfried Luz, Bürgermeister a. D.	(ab 27.07.2009)	
Michael Theis, Dipl.-Ing. Landschaftsökologie	(ab 27.07.2009)	
Thomas Zizmann, Bezirksschornsteinfegermeister	(ab 27.07.2009)	
Geschäftsführer	Dr. Manfred Kriek, Dipl. Chemiker	

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft hält Beteiligungen an folgenden Unternehmen:

Gesellschaft	Anteil AWG
Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH, Nagold	51%
HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH, Nagold	40%

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit Abfällen aus privaten Haushaltungen im Auftrag des Landkreises Calw. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaftsgesellschaft erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	26.884	30.840	21.679
Sachanlagen	3.070.237	3.339.409	3.606.342
Finanzanlagen	195.000	151.000	151.000
Anlagevermögen	3.292.121	3.521.249	3.779.021
Vorräte	198.518	150.989	175.314
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	627.287	797.960	638.441
Flüssige Mittel	804.508	1.043.389	1.042.316
Umlaufvermögen	1.630.313	1.992.337	1.856.071
Rechnungsabgrenzungsposten	622	380	500
Bilanzsumme	4.923.056	5.513.966	5.635.592
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
Kapitalrücklagen	0	0	0
Gewinnvortrag	1.425.054	1.074.941	741.487
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	268.502	350.113	333.454
Eigenkapital	1.893.556	1.625.054	1.274.941
Rückstellungen	349.783	341.338	385.934
Verbindlichkeiten	2.679.717	3.547.574	3.974.717
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	4.923.056	5.513.966	5.635.592

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	8.891.665	8.596.413	8.054.526
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	45.553	27.046	-78.730
Sonstige betriebliche Erträge	3.369.267	2.326.529	3.011.034
Betriebliche Erträge	12.306.484	10.949.988	10.986.829
Materialaufwand	7.658.942	7.005.922	6.156.516
Personalaufwand	1.336.249	1.209.430	1.239.396
Abschreibungen	495.437	491.739	571.626
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.822.186	1.910.350	2.693.880
Betriebliche Aufwendungen	12.312.815	10.617.441	10.661.419
Betriebsergebnis	-6.330	332.547	325.410
Erträge aus Beteiligungen	292.230	115.770	150.516
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	67.733	99.859	115.724
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	75.806	98.177	131.216
Finanzergebnis	284.157	117.452	135.024
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	277.827	449.999	460.434
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	90.736	118.502
Sonstige Steuern	9.325	9.150	8.478
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	268.502	350.113	333.454

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	66,87%	63,86%	67,06%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	8,16%	6,90%	4,64%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	38,46%	29,47%	22,62%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	57,52%	46,15%	33,74%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	3,02%	4,07%	4,14%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	14,18%	21,54%	26,15%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	54,21%	49,43%	30,68%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	772.384 EUR	797.255 EUR	972.650 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	10,85%	11,39%	11,63%

Lagebericht der AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In der Abfall- und Wertstoffbranche hat sich der zum Ende der ersten Jahreshälfte eingesetzte Negativtrend hinsichtlich der fallenden Vermarktungspreise bei den Wertstoffen bis zum Jahresende fortgesetzt und ist auf einem tiefen Niveau verblieben.

Hinzu kam, dass sich die gesamte wirtschaftliche Lage, ausgehend von der Finanzkrise, ebenfalls nicht nachhaltig im Jahresverlauf erholte oder verbesserte. Bezogen auf die Umsatzerlöse der Gesellschaft hat sich im Bereich der Wertstoffpreise bei Papier und insbesondere Schrott im Jahr 2009 keine Trendwende ergeben.

2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Bei den Schrotten der üblichen von uns vermarkteten Sorten I und IV fiel der Vermarktungspreis nach der Planabgabe Juli 2008 auf ein sehr tiefes Niveau und betrug zum Jahresmittel nur noch 30 % der angenommenen Erlöspreise. Die Umsatzerlöse aus den über die AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH (AWG) vermarkteten Verbrennungsschlacken aus der Müllverbrennungsanlage Böblingen konnten die Umsatzeinbußen der anderen Bereiche etwas kompensieren.

Darüber hinaus mussten im Geschäftsbereich Gewerbe/Industrie die Preise nachgelassen werden. Zusätzlich kam es zu einem Mengenrückgang bei den zu entsorgenden Abfällen und bei den zur Verwertung anstehenden Wertstoffen.

Durch das überaus gute Zusammenwirken innerhalb der Gruppe konnte sich die AWG trotzdem gut im privaten Markt behaupten.

3. Investition

Insgesamt wurden Investitionen von 225 T€ im Wirtschaftsjahr 2009 getätigt. Diese konnten aus dem laufenden Cash-Flow sowie über das Darlehen der Muttergesellschaft finanziert werden. Investitionsvorhaben, wie die Modernisierung des Kassenwesens bzw. die Erweiterung der Deponiekapazitäten Walddorf, wurden verschoben bzw. mit anderen Investitionsvorhaben zusammengefasst. Hierzu ist insbesondere die Koppelung der Erneuerung des Kassenwesens mit der Einführung eines neuen EDV-Systems bzw. die Umsetzung des elektronischen Nachweisverfahrens zu nennen.

Durch diese synergistische Umsetzung und durch die gleichzeitige Erweiterung des Leistungsspektrums bzw. Vereinfachung des Rechnungsstellungsaufwandes konnte die Summe der Investitionen gemindert werden.

Durch eine ökonomischere Bewirtschaftung konnte das Deponievolumen in Übereinstimmung mit dem Regierungspräsidium vergrößert werden und damit die ursprünglich geplante Investition auf das Jahr 2011 verschoben werden.

4. Personal- und Sozialbereich

Der Personalaufwand nahm um den Betrag von 127 T€ im Vergleich zum Vorjahr zu. Dies ist auf einen erhöhten Tariflohnabschluss von 3,0 % sowie Neueinstellungen in Folge von Altersteilzeit zurückzuführen.

Darüber hinaus wurde der Geschäftsbereich Holzbrennstoffe (Hackschnitzelvermarktung) als zukünftig und ausbaufähig eingestuft. Hierzu wurde in Übereinstimmung mit dem Beschluss des Aufsichtsrates ein neuer Mitarbeiter mit Schwerpunktthema "Hackschnitzelbeschaffung und -vermarktung" eingestellt. Dies führte ebenfalls zu erhöhten Personalkosten.

5. Umweltschutz

Die entsprechenden Berichte bzw. Dokumentation und das Nachweiswesen bezüglich der Betriebsabläufe auf den Wertstoffhöfen und Deponien wurden weiterentwickelt und können in elektronischer Form direkt den entsprechenden Behörden zugesandt werden.

Hier hatte auch, wie in anderen Bereichen, die AWG eine Vorreiterrolle eingenommen und in den entsprechenden Gremien diese Systeme mitentwickelt.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr wurden im Teilbereich "Verwertung von Abfällen" Verluste erwirtschaftet, die durch gesunkene Weltmarktpreise von Rohstoffen verursacht wurden. Die Aufwendungen zur Entsorgung konnten nicht entsprechend gesenkt werden. Bei den unverholzten Grünabfällen wurden ebenfalls Defizite aufgrund der Freimengen, die kostenlos abgeliefert werden können, erwirtschaftet.

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 269 T€. Aus dem Ergebnis entfällt ein Betrag von T€ 292 auf die Ausschüttung der Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH.

Bei der Beteiligung an der HEN HolzEnergie Nordschwarzwald GmbH hat die Geschäftsleitung bereits begonnen, diese auf ihre Ertragslage zu überprüfen.

Die Gesellschaft ist liquide.

Besondere negative Sondereinflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu erwarten.

C. Zukunftsorientierte Berichterstattung

1. Risikobericht

Durch den Anstieg der Rohstoffpreise am Weltmarkt kann davon ausgegangen werden, dass sich die Ertragssituation aus den Abfällen zur Verwertung verbessern wird. Im Bereich unverholzter Grünabfälle wird versucht, die Freimenge zu reduzieren um so die Defizite aus diesem Bereich zu mindern.

Der Erfolgsplan 2010 schließt bei vorsichtiger Einschätzung der Ertragslage mit einem Jahresgewinn von T€ 53. Darin enthalten sind Beteiligungserträge von T€ 200. Die aktuellen Buchhaltungszahlen im Zeitpunkt der Berichterstattung weisen auf eine positivere Ertragslage des laufenden Geschäftsjahres hin, so dass wir davon ausgehen, dass die Umsatz- und Ertragslage der AWG im Geschäftsjahr 2010 stabil bleibt und das Planergebnis deutlich übertroffen werden kann.

2. Prognosebericht

Die AWG ist ein wesentlicher Partner, insbesondere was die Entsorgungsdienstleistungen der im Landkreis ansässigen Industrie- und Gewerbebetriebe angeht. Hier haben wir frühzeitig mit der Erweiterung der Entsorgungskapazitäten im Deponiebereich und bei den Verwertungsanlagen begonnen. Als kommunales Unternehmen haben wir eine Vorreiterrolle bei der Einführung des gesetzlich geforderten elektronischen Nachweisverfahrens frühzeitig eingenommen. Hier konnten wir auch kleinere Entsorgungsunternehmen im Landkreis bei der Einführung unterstützen.

Darüber hinaus haben wir in Übereinstimmung mit den Aufsichtsgremien mit dem Ausbau des Hackschnitzelgeschäftes begonnen, damit zumindest in unserem Landkreis

frühzeitig die ökologische und ökonomische Nutzung der Brennstoffressourcen aus dem heimischen Forst vorangetrieben wird.

Die Trendumkehr ist bei den Brennstoffereisen, insbesondere bei dem Wirtschaftswachstum der Betriebe noch nicht vollzogen. Trotzdem gehen wir davon aus, dass die AWG unter Berücksichtigung von Beteiligungserträgen in den Jahren 2010 und 2011 ein positives Ergebnis erwirtschaften wird.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht zu erkennen.

Nagold, den 26. Mai 2010
(gez.)
Dr. Manfred Kriek
Geschäftsführer

Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2009	2008
Angestellte	18	15
Arbeiter	8	8
Aushilfen	84	82
Arbeitnehmer insgesamt	110	105

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsent- schädigung)	0,00	208,80

1.2 Kreiskliniken Calw gGmbH

Allgemeine Angaben

Betriebsstätten des Kreisklinikums Calw-Nagold:

Kliniken Calw	Kliniken Nagold
Eduard-Conz-Str. 6	Röntgenstr. 20
75365 Calw	72202 Nagold

Tel. 07051 14-0

Tel. 07452 96-1

Homepage: www.klinikverbund-suedwest.de

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Er wird insbesondere durch bedarfsgerechte ambulante, vor-, nach-, teil- und vollstationäre Versorgung der Bevölkerung des Landkreises mit leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhäusern sowie die Gewährleistung einer medizinisch zweckmäßigen und ausreichenden Versorgung der in diesen Krankenhäusern behandelten Patienten verwirklicht.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Kreiskrankenhäuser im Landkreis Calw.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.500.000 EUR.

Die Stammeinlagen werden gehalten von:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Calw	735.000	49,00
Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen	765.000	51,00
Summe	1.500.000	100,00

Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat Manfred Dunst, Oberbürgermeister Sven Armbruster, Betriebsratsvorsitzender Kreis- krankenhaus Calw Albert Braun, Geschäftsführer Herbert Dietel, Betriebsratsvorsitzender Kreiskran- kenhaus Nagold Helmut Hauser, Freier Architekt Christiane Hiller-Schmid, Ärztin Ulrich Kallfass, Wirtschaftsprüfer Dieter Kömpf, Baustoffhändler Dr. Thomas Lang, Allgemeinarzt Dr. Ursula Utters, Allgemeinärztin Dr. Bernd Walz, Arzt für Allgemeinmedizin Dr. Otakar Zoufaly, Allgemeinarzt Johannes Arnold, Erster Bürgermeister Dieter Dannenmann, Kriminalbeamter Erich Grießhaber, Sonderschullehrer Jürgen Großmann, Oberbürgermeister	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Geschäfts- führer	Dr. med. Gunther K. Weiß, M. Sc.	

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft war am Bilanzstichtag an der Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold, zu einem Drittel beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Kreiskliniken Calw gGmbH erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	83.375	136.608	268.245
Sachanlagen	11.473.888	8.151.841	7.678.763
Finanzanlagen	16.733	16.733	16.733
Anlagevermögen	11.573.996	8.305.182	7.963.741
Vorräte	1.779.199	1.700.443	2.003.674
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.092.970	11.041.648	15.361.813
Flüssige Mittel	4.398	1.835.654	3.149.571
Umlaufvermögen	13.876.568	14.577.745	20.515.058
Rechnungsabgrenzungsposten	3.447	206.600	12.000
Bilanzsumme	25.454.011	23.089.528	28.490.799
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Kapitalrücklagen	3.735.205	3.268.033	2.492.739
Gewinnvortrag	56.215	54.538	
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	31.509	1.677	54.538
Eigenkapital	5.322.929	4.824.248	4.047.278
Sonderposten	2.973.076	3.102.495	3.070.594
Rückstellungen	6.665.876	7.194.070	5.651.789
Verbindlichkeiten	10.476.039	7.948.342	15.719.664
Rechnungsabgrenzungsposten	16.091	20.372	1.475
Bilanzsumme	25.454.011	23.089.528	28.490.799

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	49.338.469	45.068.932	44.243.440
Erlöse aus Wahlleistungen	617.017	785.361	804.394
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.671.800	1.638.501	1.304.171
Nutzungsentgelte der Ärzte	2.044.391	2.002.292	2.062.151
Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen u. unfertigen Erzeugnissen	84.792	-144.995	210.535
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht zur Finanzierung von Investitionen	730.466	79.290	628.298
Sonstige betriebliche Erträge	9.567.491	9.955.220	7.420.532
Betriebliche Erträge	64.054.425	59.384.601	56.673.520
Personalaufwand	34.096.180	32.080.274	32.252.595
Materialaufwand	18.486.556	12.992.601	12.345.751
Zwischensumme	52.582.736	45.072.875	44.598.346
Zwischenergebnis	11.471.689	14.311.726	12.075.174
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.152.538	1.216.499	1.167.386
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	1.027.733	1.051.834	1.114.693
Aufwendungen aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	1.126.519	758.461	765.694
Aufwendungen für nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	506.699	481.744	415.011
Zwischensumme	547.054	1.028.128	1.101.374
Abschreibungen	2.323.527	2.362.306	2.457.939
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.430.930	12.831.320	10.490.333
Zwischenergebnis	264.286	146.229	228.277
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.263	143.953	8.554
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	100.610	28.782	293.887
Aufwendungen/Erträge aus Verlustübernahme	-28.815	-48.950	263.336
Finanzergebnis	-83.162	66.220	-21.996
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	181.124	212.449	206.280
Steuern	149.615	210.773	151.742
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	31.509	1.677	54.538

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	45,47%	35,97%	27,95%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	48,71%	35,33%	13,20%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	20,91%	20,89%	14,21%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	45,99%	58,09%	50,82%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	7,54%	10,32%	9,86%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,06%	0,00%	0,11%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	0,59%	0,03%	1,35%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	242,64%	124,20%	42,76%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	1.826.842 EUR	3.906.263 EUR	4.522.242 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	53,00%	53,23%	56,05%

Lagebericht der Kreiskliniken Calw gGmbH

Wesentliche Entwicklungen und Vorfälle im Geschäftsjahr

Finanzwirtschaftlich mussten wir uns gegen widrige Umstände behaupten. Der sich für das Geschäftsjahr aus den Tarifabschlüssen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Marburger Bund ergebenden, zusätzlichen Kostensteigerung von rund EUR 1,4 Mio. fehlte eine Gegenfinanzierung durch das Vergütungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung und konnten nur durch eine Leistungsausweitung aufgefangen werden. Erschwerend kam hinzu, dass die vereinbarten Mehrleistungen von den Krankenkassen nur zu 77 % finanziert wurden.

Zu Beginn des Jahres wurden die beiden Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold zu einem einheitlichen Plankrankenhaus Kreisklinikum Calw-Nagold mit den Standorten Kliniken Calw und Kliniken Nagold zusammengeführt.

In den Kliniken Calw wurde im Januar die Klinik für Neurologie unter Leitung von Dr. Joachim Hartmann eröffnet. Im September gelang es, den Neurochirurgen Rudolph Hesse zu gewinnen, der derzeit an zwei Tagen pro Woche Operationen in Calw durchführt.

Mit der radiologischen Gemeinschaftspraxis Dres. Guhl, Scholtz, Neumann konnte der Kooperationsvertrag erneut verlängert werden. Daneben hat die Praxis am Ärztehaus der Kliniken Calw das Mammographie-Screening für den Landkreis Calw etabliert.

An den Kliniken Nagold wurde im April Herr Dr. Ulrich Haag zum neuen Chefarzt der Klinik für Urologie bestellt. Er trat die Nachfolge von Herrn Dr. Wolfgang Förtig an, der in den Ruhestand verabschiedet wurde. Bereits im ersten Jahr konnte die Klinik für Urologie bei weiter steigenden Patientenzahlen ihr Prostatakarzinomzentrum erfolgreich zertifizieren lassen.

Als weiteren Baustein für das medizinische Qualitätskonzept erfolgt die Kooperation mit der AOK Nordschwarzwald und dem Ärzteverband MEDI im Rahmen des integrierten Versorgungsmodells „Wundnetz Nordschwarzwald“, das seine Arbeit im Mai aufnahm. Ziel des Wundnetzes ist es, die Behandlung von Patienten mit chronischen Wunden zwischen den beteiligten Leistungserbringern optimal zu koordinieren.

Leistungs- und Ertragsentwicklung

Im Geschäftsjahr wurden mit 18.596 +2,8 % mehr Patienten als im Vorjahr (18.091) behandelt. Das Case-Mix-Punkte-Volumen wurde um +4,4 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert, wobei neben der Anzahl der stationär behandelten Patienten auch die Fallschwere, der so genannte Case-Mix-Index, von 0,873 auf 0,887 zunahm. Die Verweildauer wurde von 6,4 auf 6,6 Tage bedingt durch die neue Fachabteilung Neurologie leicht erhöht. Die Anzahl der Behandlungstage nahm deshalb auch um +2,4 % von 119.603 auf 122.510 Tage zu.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Erlöse aus Krankenhausleistungen (Erlöse für stationäre Patienten) um +9,5 % bzw. um +TEUR 4.270. Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses stiegen um +2,0 % bzw. +TEUR 33. Die Nutzungsentgelte aus der ärztlichen Nebentätigkeit stiegen um +2,1 % bzw. +TEUR 42. Im Gegenzug verringerten sich die Erlöse aus Wahlleistungen aufgrund der umfangreichen Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen im Unterbringungsbereich um -21,4 % bzw. -TEUR 168.

Aufwandsentwicklung

Der gesamte Personalaufwand setzt sich aus dem direkten Personalaufwand sowie den als bezogene Leistungen gebuchten Personalaufwendungen zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der gesamte Personalaufwand im Geschäftsjahr um + 8,2 % bzw. + TEUR 2.642.

Weitere Personalaufwendungen sind daneben in den Verrechnungsaufwendungen für Leistungen innerhalb des Konzerns enthalten. Die Aufwendungen aus der Konzernleistungsverrechnung nahmen um + TEUR 1.582 bzw. + 151,3 % zu. Die Erhöhung resultiert aus der im Geschäftsjahr fortgesetzten Zentralisierung im Verbund.

Beim Materialaufwand stiegen die Aufwendungen für den medizinischen Sachbedarf insgesamt um + 17,8 % bzw. + TEUR 1.417. Davon entfallen jedoch TEUR 892 auf die Umstellung der Leistungsverrechnung der Physikalischen Therapie (Bruttomethode). Um

diesen Effekt bereinigt beträgt die Steigerung noch +6,6% bzw. TEUR 525. Die Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe sind um -1,8 % bzw. - TEUR 42 gesunken.

Die Instandhaltungsaufwendungen lagen im Geschäftsjahr um insgesamt - 54,9 % bzw. - TEUR 2.120 unter dem Vorjahreswert.

Das Geschäftsjahr konnte damit wieder ohne Zuschuss des Landkreises Calw mit einem positiven Ergebnis in Höhe von TEUR 32 abgeschlossen werden.

Vermögens- und Finanzlage

Die im Geschäftsjahr vorgenommene Investitionstätigkeit sowohl am Standort Calw als auch am Standort Nagold führte zu einer Zunahme der Sachanlagen um + TEUR 3.322 auf TEUR 11.474. Ein Großteil geht hierbei auf die in 2009 abgeschlossene Renovierung des Mittelbaus am Standort Calw zurück. Die Vorfinanzierung erfolgte aus dem laufenden Betrieb.

Die Außenstände aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um + TEUR 2.028 auf TEUR 9.186. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind um - TEUR 1.272 auf TEUR 2.086 gesunken. Die liquiden Mittel wurden infolge der Umsetzung eines verbundweiten Cash-Poolings zum Bilanzstichtag auf TEUR 4 reduziert.

Zukünftige Entwicklung – Chancen und Risiken

Der Regierungswechsel nach den Bundestagswahlen am 27.09.2009 und die damit einhergehenden wahrscheinlichen Gesetzesänderungen erschweren im Moment eine verlässliche Planung in den Krankenhäusern. Der Koalitionsvertrag bestätigt zwar für das kommende Jahr den geltenden DRG-Finanzierungsrahmen, ab dem Jahr 2011 soll aber ein grundlegend neues System zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben eingeführt werden, dessen Ausgestaltung derzeit noch unbekannt ist.

Einige Hinweise auf die angestrebten Veränderungen im Gesundheitssystem sind jedoch bereits aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ersichtlich. Aus baden-württembergischer Sicht ist die Beibehaltung regional unterschiedlicher Preise für die Krankenhausleistungen eher positiv zu bewerten, da somit ein weiterer Mittelabfluss im Zug der Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes verhindert werden kann. Allerdings muss der Flexibilität auf der Preisebene auch die Flexibilität auf der Einnahmeseite der GKV und der PKV folgen; dies festzulegen bleibt Aufgabe einer neuen Regierungskommission, die erst noch eingerichtet werden muss. Ferner besteht das ausdrückliche Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung mit Krankenhausleistungen, zur Nachwuchsgewinnung bzw. zur Förderung des Medizinstudiums sowie die Erweiterung der Delegationsmöglichkeiten ärztlicher Tätigkeiten seitens der neuen Bundesregierung. Aus Sicht der Krankenhäuser sind hier gesetzliche Anpassungen dringend notwendig, um den Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern im Gesundheitswesen für die Zukunft zu sichern.

Die Diskontinuität der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat überdeutlich gezeigt, dass verlässliche Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum möglich sind. Nichtsdestotrotz lassen sich aus heutiger Sicht einige wesentliche Faktoren zumindest dem Grunde nach festmachen.

Zum einen ist dies die vom Bundesministerium für Gesundheit festzulegende Veränderungsrate, die das bestehende Budgetvolumen fortschreibt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese bei weitem nicht ausreichend ist, die Erhöhung der Personalaufwendungen und die Preissteigerungen beim Sachaufwand auszugleichen.

Zusätzlich zu den im Zug der Tarifrunde für 2010 steigenden Personalkosten werden die Kliniken auch mit wachsenden Sachkosten konfrontiert werden. Da die Personalkosten auch weiterhin rund zwei Drittel der Gesamtkosten in den Krankenhäusern ausmachen, wird der Anstieg von insgesamt 2,0 bis 2,5 Prozent mit erheblichen Mehrausgaben für die Krankenhäuser verbunden sein.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre können wir davon ausgehen, dass eine Gegenfinanzierung durch die Gesundheitspolitik nicht in ausreichendem Maße erfolgen wird. Eine wesentliche Rolle wird hierbei auch die zwangsläufige Verschlechterung der Finanzlage der Krankenkassen spielen, die sich aus der aktuellen Wirtschaftskrise abzeichnet.

Wegen der zunehmend angespannten Haushaltssituation des Landes, der Städte und Kommunen wird auch 2010 die duale Krankenhausfinanzierung nicht auskömmlich den Bedarf an Investitionsmitteln decken können. Notwendige Investitionen werden deshalb auch weiterhin durch die Krankenträger und/oder aus dem laufenden Betrieb zu finanzieren sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch in Baden-Württemberg die Diskussion um eine Privatisierung kommunaler Krankenhäuser zunehmen wird.

Da mit dem Jahr 2010 auch die Konvergenzphase der DRG-Einführung vorläufig abgeschlossen sein wird, können Steigerungen bei Personal- und Sachkosten nur noch auf dem Weg der Leistungsausweitung bzw. der Effizienzsteigerung aufgefangen werden.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor wird damit wiederum sein, durch eine Steigerung der Fallzahlen und damit des Umsatzes eine entsprechende Steigerung der Einnahmen zu erzielen. Hierbei gilt es, dass wir im Wettbewerb zu den benachbarten Krankenhäusern und medizinischen Zentren, vornehmlich in Stuttgart, Ludwigsburg, Pforzheim und Tübingen, unseren Marktanteil weiter ausbauen. Neben der Verbesserung unserer Servicequalität und dem Ausbau unserer medizinischen Angebotsstruktur soll dazu eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten beitragen.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Wirtschaftlichkeit unserer Leistungserbringung weiter zu verbessern. Neben den bereits in den letzten drei Jahren umgesetzten Maßnahmen werden wir im Rahmen weiterer, teilweise bereits initiiertener Projekte unsere Kernleistungsprozesse effizienter gestalten.

Um mit den Entwicklungen schritthalten zu können, sind motivierte und hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter essentiell. Ein Schwerpunkt wird für uns daher sein, unser Qualifikationsniveau durch entsprechende Personalentwicklung zu halten und weiter auszubauen. Dadurch wird es uns möglich sein, einerseits die Attraktivität unserer Krankenhäuser und damit die Einnahmen zu steigern, sowie die Kosteneffizienz weiter zu verbessern.

Auf der Basis einer in 2009 durchgeführten detaillierten Analyse der Patienteneinzugsgebiete der einzelnen Fachabteilungen der Kliniken in Calw und Nagold wurde festgestellt, dass von der Bevölkerung und den zuweisenden Ärzten das Konzept der Schwerpunktbildung über die beiden „Schwesterstandorte“ hinweg zwar in ihren jeweiligen regionalen Einzugsgebieten sehr gut angenommen worden ist, es zeigte sich aber auch, dass die medizinischen Schwerpunkte an den jeweils anderen Krankenhausstandorten bei weitem nicht den gleichen Durchdringungsgrad hinsichtlich der Marktausschöpfung erreicht haben. Vor allem besteht für den Standort Nagold die Gefahr, aufgrund des Fehlens insbesondere eines vollumfänglichen kardiologischen Angebots, keine weiteren Wachstumspotenziale erschließen zu können sowie im Wettbewerb Patienten zu verlieren. In folge dessen hat der Aufsichtsrat der Kreiskliniken Calw gGmbH die Einrichtung einer kardiologischen Klinik mit Linksherzkathetermessplatz beschlossen. Die Umsetzung erfolgt in 2010.

Risikomanagement

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr ein Risikomanagementsystem implementiert, welches das Ziel verfolgt, durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten. Das Risikoprofil der Gesellschaft quantifiziert anhand verschiedenartiger Parameter Markt- und Konjunkturrisiken sowie unterschiedliche Betriebsrisiken. Zur Beobachtung der Marktentwicklung und zur Festlegung von Umsatzzielen werden unter anderem gesetzgeberische Entwicklungen und Veränderungen der Beschaffungsmärkte analysiert sowie Marktbeobachtungen vorgenommen. Zur Überwälzung von Risiken wird der Versicherungsschutz laufend überprüft und gegebenenfalls durch eine Anpassung des Versicherungsschutzes Rechnung getragen. Ausstehende Forderungen werden regelmäßig überprüft und die Ausfallrisiken in ausreichendem Maße durch bilanzielle Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Gesellschaft hat für das Geschäftsjahr erstmals einen Risikobericht erstellt, mit dem die Entwicklungen der im Risikoprofil identifizierten Risiken aktualisiert werden.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2009 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, über die an dieser Stelle zu berichten wäre.

Ausblick

Bereits seit einigen Jahren müssen die Krankenhäuser Investitionen zunehmend aus Eigenmitteln oder über Kredite finanzieren, da die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel bei weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Aufgrund der sich verschlechternden Situation bei den öffentlichen Kassen wird der Eigen-

anteil an den Investitionen der Krankenhäuser in Zukunft noch weiter zunehmen müssen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Entsprechend der für Krankenhäuser geltenden Regelung der dualen Finanzierung müssten die Abschreibungen auf Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Baumaßnahmen durch die Sonderposten aus Landesfördermitteln finanziert bzw. ausgeglichen werden können. Je mehr Investitionen jedoch aus Eigen- oder Fremdmitteln finanziert werden, umso höher wird die Ergebnisbelastung in der Gewinn- und Verlustrechnung durch die nicht durch eine entsprechende Auflösung von Sonderposten kompensierten Abschreibungen sowie gegebenenfalls zu zahlende Darlehenszinsen. Mit Eigen- oder Fremdmitteln zu finanzierende Investitionen müssen daher für ein ausgeglichenes Bilanzergebnis durch Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen in der operativen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden. Da die Kalkulationsgrundlage der Fallpauschalen bisher einen Investitionsanteil jedoch nicht vorsieht, ist dies mit zunehmender Investitionstätigkeit mittelfristig unter gleich bleibenden Bedingungen kaum mehr umsetzbar. Die Abschreibungen reduzieren in diesem Fall das Eigenkapital sukzessive bis zum vollständigen Verbrauch und es würde möglicherweise zu einer Überschuldung der Gesellschaft führen, wenn dann nicht die Gesellschafter anstelle des Landes Investitionsmittel zur Verfügung stellen würden.

Die Ergebnisentwicklung für 2010 und 2011 hängt maßgeblich von den Ergebnissen der Budget- und Entgeltverhandlungen, von den gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Leistungen sowie von der Entwicklung der Personalkosten aufgrund der Tarifabschlüsse ab. Mitte Mai 2010 haben die Ärzte mit Streikmaßnahmen begonnen, nachdem die Tarifverhandlungen zwischen dem Marburger Bund und dem Kommunalen Arbeitgeberverband gescheitert sind. In der Folge ist insbesondere im operativen Bereich nur ein sehr eingeschränkter Betrieb möglich. Die Auswirkungen auf die Leistungs- bzw. Erlösentwicklung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gänzlich abgeschätzt werden. Um das Planergebnis 2010 zu erreichen ist es notwendig, die streikbedingten Umsatzeinbrüche im verbleibenden Jahreszeitraum aufzuholen. Je länger der Streik andauert, umso größer ist das Risiko einer Ergebnisverschlechterung. Wir streben für 2010 und 2011 dennoch ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Calw, 20. Mai 2010
Kreiskliniken Calw gGmbH
Geschäftsführung
Dr. Gunther K. Weiß, M.Sc.

Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis

Die Zuweisungen des Landkreises Calw von 467 TEUR für die Tilgung von Altkrediten wurden in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die Investitionszuschüsse des Landkreises von 434 TEUR wurden nicht wie in den Vorjahren der Kapitalrücklage zugeführt, sondern als Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens behandelt (analog den Fördermitteln des Landes).

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2009 VK*	2008 VK*
Ärztlicher Dienst	93	87
Pflegedienst	222	210
Funktionsdienst	96	87
Medizinisch-technischer Dienst	82	85
Klinisches Hauspersonal	18	19
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	23	28
Technischer Dienst	12	11
Verwaltungsdienst	15	17
Sonderdienste	0	3
Ausbildungsstätten	5	4
Sonstiges Personal	10	5
insgesamt	576	556

* Vollkräfte

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung)	4.000	2.600

2. Mittelbare Beteiligungen über 50%

2.1 Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH (USN)

Allgemeine Angaben

Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH
Gäuallee 5
72202 Nagold

Telefon: 0 74 52 - 60 06 - 7050
Telefax: 0 74 52 - 60 06 - 7777
Homepage: www.usn-info.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Einsammlung, der Transport, die Be- und Verarbeitung sowie die Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen jeglicher Art und jeglicher Herkunft sowie alle damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 100.000 EUR.
Die Stammeinlagen werden gehalten von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
AWG Abfallwirtschaft Landkreis Calw GmbH	51.000	51,00 %
Alba AG & Co. KG	49.000	49,00 %
Summe	100.000	100,00%

Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat		
	Hans-Werner Köblitz, Landrat	Vorsitzender
	Dr. Eric Schweitzer, Betriebswirt	Stv. Vorsitzender
	Jürgen Großmann, Oberbürgermeister	
	Alfred Breitling, Ortsvorsteher	(bis 05.10.2009)
	Siegfried Luz, Bürgermeister a. D.	(ab 05.10.2009)
	Werner Noé, Lehrer i. R.	(bis 05.10.2009)
	Heinz Urbschat, Konrektor i. R.	(ab 05.10.2009)
	Hermann Holstein, Diplom-Betriebswirt, Diplom-Ökonom	
	Frank Pickenhagen, Diplom-Kaufmann	

Geschäftsführer	Dr. Manfred Kriek, Dipl. Chemiker Christian Gmeiner, Dipl. Ökonom
-----------------	--

Beteiligungen des Unternehmens

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit Einsammlung, Transport, Be- und Verarbeitung sowie der Verwertung von Abfällen und Abfallstoffen im Auftrag des Landkreises Calw. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Umwelt Service GmbH Nordschwarzwald erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	1.343
Sachanlagen	1.458.350	1.324.163	1.410.172
Finanzanlagen			
Anlagevermögen	1.458.352	1.324.165	1.411.515
Vorräte	179.477	0	98.705
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	917.098	1.104.822	919.424
Flüssige Mittel	1.339.052	1.736.345	1.348.432
Umlaufvermögen	2.435.627	2.841.167	2.366.562
Rechnungsabgrenzungsposten	2.871	3.326	2.367
Bilanzsumme	3.896.850	4.168.658	3.780.443
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000
Kapitalrücklagen	2.556.459	2.556.459	2.556.459
Gewinnvortrag	169.127	168.626	52
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	454.371	573.500	395.574
Eigenkapital	3.279.957	3.398.586	3.052.086
Rückstellungen	148.050	172.140	285.000
Verbindlichkeiten	468.843	597.932	443.358
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	3.896.850	4.168.658	3.780.443

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	6.727.295	7.186.232	7.279.219
Sonstige betriebliche Erträge	42.376	100.559	43.633
Betriebliche Erträge	6.769.672	7.286.791	7.322.852
Materialaufwand	4.962.575	5.257.913	5.534.949
Personalaufwand	580.720	582.996	529.396
Abschreibungen	159.373	162.304	155.148
Sonstige betriebliche Aufwendungen	447.607	541.304	499.458
Betriebliche Aufwendungen	6.150.275	6.544.518	6.718.951
Betriebsergebnis	619.397	742.274	603.901
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20.702	63.438	38.455
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			63
Finanzergebnis	20.702	63.438	38.392
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	640.099	805.711	642.293
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	176.534	223.277	235.565
Sonstige Steuern	9.195	8.933	11.154
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	454.371	573.500	395.574

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	37,42%	31,76%	37,34%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	25,72%	8,15%	17,35%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	84,17%	81,53%	80,73%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	224,91%	256,66%	216,23%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	6,75%	7,98%	5,43%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	13,85%	16,87%	12,96%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	235,35%	66,47%	157,84%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	589.654 EUR	622.944 EUR	665.737 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	9,44%	8,91%	7,88%

Lagebericht der Umwelt-Service Nordschwarzwald GmbH

A. Geschäft und Rahmenbedingungen

1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Geschäftsjahr 2009 ist im Wesentlichen durch eine weitere rezessive Entwicklung gekennzeichnet. Der Zusammenbruch der metallverarbeitenden Industrie, des Automobilbaus etc. mündete in der zweiten Jahreshälfte in Kurzarbeit und zum Teil auch in einem vollständigen Anhalten der Produktionen. Mit dem Anfall von Produktionsrückständen einher ging der mengenmäßige Rückgang von Abfällen bis hin zum weiteren Preisverfall bei den Wertstoffen wie Altpapier, Altmetallen etc.

Dieser Trend beherrschte die gesamte private Abfallwirtschaft.

Ein stabilisierender Faktor war der kommunale Geschäftsbereich bei der USN, inklusive der noch relativ guten Wertschöpfung in der sekundären Rohstoffvermarktung, wie beispielsweise dem Altpapier.

Ein weiterer stabilisierender Faktor ist das bereits gut entwickelte Holzpelletgeschäft, welches sich insbesondere in der 2. Jahreshälfte bzw. im letzten Quartal gut behaupten konnte.

2. Umsatz und Auftragsentwicklung

Nach Jahren des Umsatz- und Mengenzuwachses blieben diese im Geschäftsjahr 2009 auf einem tiefen Niveau. Dies führte wie erwartet zu insgesamt leicht niedrigeren Umsatzerlösen (- 6%). Im Einzelnen ist festzustellen, dass bei stabilen Umsatzerlösen im kommunalen Geschäft es in den Geschäftsbereichen sonstige Dienstleistungen (Gewerbe und Industrie) zu Umsatzrückgängen von ca. 12% kam. Dieser Trend konnte durch eine sehr gute Umsatzerlössteigerung (+25%) in der Vermarktung von Holzpellets teilweise kompensiert werden.

Durch ein verbessertes Kostenmanagement im Materialaufwand und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnte, bei nahezu gleich bleibenden Personalkosten, ein sehr zufrieden stellendes Betriebsergebnis, das über dem Planansatz liegt, erwirtschaftet werden.

3. Investitionen

Im vorhergehenden Geschäftsjahr aufgeschobene Investitionen wurden im Jahr 2009 realisiert. Insgesamt wurden 375 T€, damit 60 T€ mehr investiert als geplant. Besonders anzumerken ist, dass die gesamten Investitionen aus dem laufenden Cash-Flow finanziert werden konnten. Wesentliche Investposten waren Behälter und Container mit 120 T€, ein Fahrzeugabroller mit 125 T€ und die Photovoltaikanlage mit knapp 90 T€, die auch ein Beitrag zur sicheren Wertschöpfung in den nächsten Jahrzehnten leisten wird.

4. Personal- und Sozialbereich

Die Personalkosten konnten, trotz weiterer tarifbedingter Lohnsteigerungen, auf dem Vorjahresniveau gehalten werden. Insgesamt kann festgestellt werden, dass, bezogen auf die Personalkennzahl Umsatzerlöse pro Mitarbeiter, die USN mit 612 T€ pro Mitarbeiter durchaus erfolgreich agiert. Dies bezieht sich auch auf das Ergebnis von 41 T€ pro Mitarbeiter nach Steuern.

5. Umweltschutz

Selbstverständlich ist die USN auch im angesprochenen Wirtschaftsjahr als Entsorgungsfachbetrieb zertifiziert worden. Darüber hinaus sind, bezogen auf die Einführung der elektronischen Nachweisverordnung (Stichtag 01.04.10), bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 alle wesentlichen Vorkehrungen hinsichtlich der EDV und Know-how-Einführung getroffen und umgesetzt worden.

Hier hat die USN eine Vorreiterrolle in der Region für andere Geschäftspartner eingenommen.

B. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss von 640 T€ vor Steuern ab. Das im Vergleich zu dem überaus erfolgreichen Jahr 2008 geringere Ergebnis ist auf die bereits angesprochene wirtschaftliche Rezession und Einbruch der Ertragsbringer im Bereich Gewerbeabfälle bzw. dem Preisverfall im Wertstoffbereich Papier und Altmetalle zurückzuführen.

Die Entwicklung konnte durch die im Vergleich zum Vorjahr geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen etwas kompensiert werden.

Darüber hinaus hatte sich das Holzpelletgeschäft ebenfalls sehr gut entwickelt.

Die Gesellschaft ist liquide.

Besondere negative Sondereinflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu erwarten.

C. Zukunftsorientierte Berichterstattung

1. Risikobericht

Insbesondere die überaus positive Entwicklung des Holzpelletgeschäftes, das sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres 2010 fortsetzte, bewirkte den Entschluss, hier noch stärker tätig zu werden. Um dies zu realisieren wurden bereits im Geschäftsjahr 2009 die Weichen für Neuinvestitionen in diesen Geschäftsbereich gestellt. Zum Ausbau des Holzpelletgeschäftes soll in ein Zwischenlager und in ein weiteres Lieferfahrzeug investiert werden. Dies führt neben dem Geschäft der Kommunal- und Gewerbeabfallwirtschaft zum Ausbau einer dritten Säule im Unternehmen, dem Energielieferantengeschäft.

Der Erfolgsplan 2010 schließt bei vorsichtiger Einschätzung der Umsatz- und Ertragslage mit einem Jahresgewinn von 354 T€ und entspricht damit dem Planansatz für das Geschäftsjahr 2009, das deutlich übertroffen werden konnte.

2. Prognose

Die sehr gute Marktpräsenz der USN im Landkreis Calw und im Nordschwarzwald, aber auch eine überaus erfolgreiche Kooperation mit der Muttergesellschaft AWG GmbH bzw. die Zusammenarbeit mit der ALBA Regionalgesellschaft, sind Garanten für ein durchaus stabiles und erfolgreiches Geschäft.

Aufgrund der erkennbaren Verbesserung der Auftragslage des produzierenden Gewerbes gehen wir davon aus, dass die USN den Planansatz des Jahresgewinns 2010 mit 354 T€ und 2011 mit 374 T€ erreichen und gegebenenfalls übertreffen wird.

Besondere Risiken sind nicht erkennbar.

D. Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht zu erkennen.

Nagold, 21. April 2010

(gez.)

Dr. Manfred Kriek

Geschäftsführer

(gez.)

Christian Gmeiner

Geschäftsführer

Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis Calw

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2009	2008
Anzahl Arbeitnehmer	11	11

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung)	0,00	297,43

II. Weitere Beteiligungen (Unmittelbare Beteiligungen unter 25%)

1. Klinikverbund Südwest GmbH

Allgemeine Angaben

Klinikverbund Südwest
Arthur-Gruber-Str. 70
71065 Sindelfingen
Telefon 07031 98-0
Homepage: www.klinikverbund-suedwest.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Mehrheitsbeteiligung an den gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften der Landkreise Böblingen und Calw sowie der gemeinsamen gemeinnützigen Krankenhausgesellschaften der Stadt Sindelfingen und des Landkreises Böblingen und deren einheitliche Leitung und Steuerung.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 500.000 EUR.
Die Stammeinlagen werden gehalten von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Böblingen	249.500	49,90
Landkreis Calw	124.500	24,90
Stadt Sindelfingen	126.000	25,20
Summe	500.000	100,00

Stimmenparität im Aufsichtsrat lt. Gesellschaftsvertrag, daher Einstufung als wesentliche Beteiligung.

Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat	Hans-Werner Köblitz, Landrat	Vorsitzender
	Dr. Bernd Vöhringer, Oberbürgermeister	Stv. Vorsitzender
	Roland Bernhard, Landrat	Stv. Vorsitzender
	Johannes Arnold, Bürgermeister	(ab 01.09.2009)
	Bernd Aupperle, Physiotherapeut	(ab 01.09.2009)
	Sabine Beyer, Rechtsanwältin	
	Herbert Dietel, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender Krankenhaus Nagold	
	Elke Döbele, Leiterin betreutes Senioren Wohnen	(ab 01.09.2009)
	Wilfried Dölker, Bürgermeister	(ab 01.09.2009)
	Bernd Dürr, Bürgermeister	(ab 01.09.2009)
	Dr. Christoph Ehrensperger, Betriebsrat Klinikum Sindelfingen-Böblingen, Anästhesist	
	Erich Griebhaber, Sonderschullehrer	
	Jürgen Großmann, Oberbürgermeister	(ab 01.09.2009)
	Christa Habisreitering, Medizinisch-technische Laborassistentin	
	Helmut Hauser, Freier Architekt	
	Ingrid Held, Bankkauffrau	(bis 01.09.2009)
	Dr. Klaus-Georg Hengstberger, Wirtschaftsjurist	(bis 01.09.2009)
	Christiane Hiller-Schmid, Fachärztin Allgemeine Medizin	
	Andrea Jünemann, Betriebsrätin Krankenhaus Herrenberg	
	Ulrich Kallfass, Wirtschaftsprüfer	
	Joachim W. Klenk, Rechtsanwalt	
	Dieter Kömpf, Geschäftsführer (Baustoffhändler)	
	Ursula Kreutel, Bürgermeisterin	(ab 01.09.2009)
	Peter Landsberg, Diplom-Ingenieur	(bis 01.09.2009)
	Dr. Thomas Lang, Allgemeinarzt	
	Siegfried Luz, Bürgermeister a. D.	(bis 01.09.2009)
	Dr. Werner Metz, Arzt	
	Dr. Gabriele Moritz-Rahn, Ärztin	
	Simone Müller-Roth, Hebamme	(ab 01.09.2009)
	Günter Niebel, Polizeibeamter	
	Helmut J. Noë, Erster Bürgermeister a. D.	
	Dr. Alfred Rau, Arzt	
Christine Rebsam-Bender, Richterin	(bis 01.09.2009)	
Helmut Riegger, Erster Bürgermeister		
Herbert Rödling, Buchhändler	(bis 01.09.2009)	
Helmut Schmid, Unternehmensberater		
Gisela Schnäbele, Ärztin		
Jürgen Schrumpf, Industriekaufmann	(bis 01.11.2009)	
Prof. Dr. Wolfgang Seidel, Arzt im Ruhestand		
Dr. Ursula Utters, Allgemeinärztin		
Gerhard Vogel, Bürgermeister	(bis 01.09.2009)	

Geschäftsführer	Dr. med. Gunther K. Weiß, M. Sc.
-----------------	----------------------------------

Beteiligungen des Unternehmens

Gesellschaft	Anteil in %
Direkte Beteiligungen	
Kreiskliniken Calw gGmbH, Calw	51,00 %
Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00 %
Kreiskliniken Böblingen gGmbH, Böblingen	51,00 %
Geriatrische Rehabilitations Klinik GmbH, Böblingen	100,00 %
Therapiezentrum gemeinnützige GmbH im Klinikverbund Südwest, Sindelfingen	100,00 %
Indirekte Beteiligungen	
Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH, Sindelfingen	51,00 %
Krankenhaus-Service GmbH Schwarzwald, Nagold	51,00 %
Energieversorgungsgesellschaft mbH im Klinikverbund Südwest, Nagold	51,00 %

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Klinikverbund Südwest wurde zum 01. Januar 2006 gegründet. Im Klinikverbund Südwest sind die Krankenhäuser Sindelfingen, Böblingen, Leonberg, Herrenberg, Nagold und Calw zusammengeschlossen. Durch die Gründung des Verbunds sollen die Wettbewerbsfähigkeit und die Fortentwicklung aller Häuser gestärkt und gesichert werden.

Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Klinikverbund Südwest GmbH erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	244	485	726
Sachanlagen	86.309	67.231	85.153
Finanzanlagen	5.097.516	5.097.516	5.097.516
Anlagevermögen	5.184.069	5.165.232	5.183.395
Vorräte	0	0	0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.767.959	680.903	351.977
Flüssige Mittel	0	60.660	69.365
Umlaufvermögen	2.767.959	741.564	421.342
Rechnungsabgrenzungsposten	647.304	890.968	2.838
Bilanzsumme	8.599.333	6.797.763	5.607.575
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	500.000	500.000	500.000
Kapitalrücklagen	4.375.000	4.375.000	4.375.000
Gewinnvortrag	389	355	180
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	30	34	175
Eigenkapital	4.875.419	4.875.389	4.875.355
Rückstellungen	163.000	133.725	147.675
Verbindlichkeiten	3.530.496	868.562	532.987
Rechnungsabgrenzungsposten	30.418	920.088	51.558
Bilanzsumme	8.599.333	6.797.763	5.607.575

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	3.695.800	2.722.600	2.547.053
Sonstige betriebliche Erträge	153.151	83.675	48.749
Betriebliche Erträge	3.848.951	2.806.275	2.595.802
Personalaufwand	1.845.739	1.090.551	765.568
Materialaufwand	0	0	0
Abschreibungen	19.058	18.163	10.099
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.967.030	1.678.746	1.814.719
Betriebliche Aufwendungen	3.831.828	2.787.460	2.590.385
Betriebsergebnis	17.123	18.815	5.417
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11.531	10.857	1.131
Finanzergebnis	-11.531	-10.857	-1.131
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.592	7.958	4.286
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2.093	3.637	2.976
Sonstige Steuern	3.469	4.287	1.135
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	30	34	175

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität			
Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	60,28%	75,98%	92,44%
Investitionsquote			
Investitionen/Anlagevermögen*100	0,73%	0,00%	84,81%
Eigenkapitalquote			
Eigenkapital/Bilanzsumme*100	56,70%	71,72%	86,94%
Anlagendeckung			
Eigenkapital/Anlagevermögen*100	94,05%	94,39%	94,06%
Bankenverschuldung			
Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität			
Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,00%	0,00%	0,01%
Eigenkapitalrentabilität			
Jahresergebnis/Eigenkapital*100	0,00%	0,00%	0,00%
Reinvestitionsquote			
Investitionen/Abschreibungen*100	198,84%	0,00%	43.530,76%
Cash Flow			
Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	48.364 EUR	4.247 EUR	111.840 EUR
Personalkostenintensität			
Personalkosten/Gesamtkosten*100	48,17%	39,12%	29,55%

Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht der Klinikverbund Südwest GmbH, Böblingen für das Geschäftsjahr 2009

Finanzwirtschaftlich mussten wir uns gegen widrige Umstände behaupten. Der sich für das Geschäftsjahr aus den Tarifabschlüssen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Marburger Bund ergebenden, zusätzlichen Kostensteigerung von rund EUR 3,2 Mio. fehlte eine Gegenfinanzierung durch das Vergütungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Kostensteigerungen konnten nur durch eine Leistungsausweitung zumindest anteilig aufgefangen werden. Erschwerend kam hinzu, dass die vereinbarten Mehrleistungen von den Krankenkassen nur zu 77 % finanziert wurden.

Wesentliche Entwicklungen und Vorfälle im Geschäftsjahr

Im laufenden Geschäftsjahr wurde im Klinikum Sindelfingen-Böblingen der teilweise bereits 2008 eingeleitete Ausbau der medizinischen Angebotsstruktur weiter vorangetrieben. Die Klinik für Gefäßchirurgie, Vaskuläre und Endovaskuläre Chirurgie an den Kliniken Sindelfingen, seit dem Weggang von Herrn Dr. Banafsche lediglich interimistisch besetzt, konnte ab dem 1.11.2009 mit Herrn Dr. Dr. med. habil. (rus) Viktor Reichert hochkarätig wiederbesetzt werden. Die Klinik für Urologie, seit Mitte 2008 unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. Thomas Knoll, hat sich herausragend entwickelt. Zur Verbesserung des Patientenkomforts wurden am Klinikum Sindelfingen-Böblingen vor allem die Patientenzimmer einschließlich der Nasszellen saniert.

Ein weiterer Ausbau der medizinischen Versorgungsstruktur erfolgte an den Kliniken Böblingen durch die Einrichtung eines eigenen pathologischen Instituts. Neben der angestrebten Kostenreduktion bei den pathologischen Untersuchungen wurde dadurch insbesondere die Versorgungsqualität bei der Behandlung onkologischer Erkrankungen verbessert. Das pathologische Institut ist daneben Teil des neuen Medizinischen Versorgungszentrums, das am Standort Böblingen zusammen mit einer radiologischen Praxis betrieben wird, die zum 1.7.2009 gekauft wurde. Das MVZ am Standort Sindelfingen und das neue MVZ Böblingen bilden nun zusammen das Gesundheitszentrum am Klinikum Sindelfingen-Böblingen. Baulich erfolgte in Böblingen eine umfassende Modernisierung des Pflegebereichs.

Das medizinische Angebotsprofil am Standort Leonberg wurde durch die Einrichtung einer Station für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie des Klinikums Nordschwarzwald in neu renovierten Räumlichkeiten ausgebaut. Der Behandlungsschwerpunkt liegt hier bei Patienten mit chronischen Schmerzen. Nach den Kliniken Böblingen und Nagold erhielt im Geschäftsjahr auch das Krankenhaus Leonberg nach nur sechsmonatiger Vorbereitungszeit vom TÜV und der Deutschen Krebsgesellschaft das Prüfsiegel als zertifiziertes Darmzentrum, das Tumorpatienten bestmögliche medizinische Versorgung garantiert. Jeder betroffene Patient wird einem interdisziplinären Expertengremium am sogenannten Tumorboard, zu dem sich unter anderem Ärzte aus der Chirurgie, der Onkologie, der Gastroenterologie, der Strahlentherapie und die niedergelassenen Mediziner regelmäßig treffen, vorgestellt. Gemeinsam wird dann ein maßgeschneidertes Therapiekonzept für jeden Einzelfall erarbeitet und umgesetzt.

Im Krankenhaus Herrenberg wurden zwei Schwerpunkte weiter ausgebaut: Mit der Einführung des Hebammen-Kreißaals macht die Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe Eltern ein Angebot, das die Lücke zwischen Klinik- und Hausgeburt schließt. Andererseits hat Herrenberg seinen Schwerpunkt in der Palliativmedizin verstärkt, es stehen nun drei Palliativzimmer zur Verfügung. Letzteres war vor allem durch die Hilfe der Spendenaktion „Miteinander-Füreinander“ des Gäuboten möglich. Erfreulich ist, dass die Klinik für Chirurgie - Bereich Unfallchirurgie und Wiederherstellungschirurgie die Anforderungen zur Behandlung von Schwerverletzten nach den Kriterien des Weißbuches der Deutschen Gesellschaft für Unfallchirurgie (DGU) erfüllt hat.

Zu Beginn des Jahres wurden die beiden Kreiskrankenhäuser Calw und Nagold zu einem einheitlichen Plankrankenhaus Kreisklinikum Calw-Nagold mit den Standorten Kliniken Calw und Kliniken Nagold zusammengeführt.

In den Kliniken Calw wurde im Januar die Klinik für Neurologie unter Leitung von Dr. Joachim Hartmann eröffnet. Im September gelang es, den Neurochirurgen Rudolph Hesse zu gewinnen, der derzeit an zwei Tagen pro Woche Operationen in Calw durchführt.

Mit der radiologischen Gemeinschaftspraxis Dres. Guhl, Scholtz, Neumann konnte der Kooperationsvertrag erneut verlängert werden. Daneben hat die Praxis am Ärztehaus der Kliniken Calw das Mammographie-Screening für den Landkreis Calw etabliert.

An den Kliniken Nagold wurde im April Herr Dr. Ulrich Haag zum neuen Chefarzt der Klinik für Urologie bestellt. Er trat die Nachfolge von Herrn Dr. Wolfgang Förtig an, der in den Ruhestand verabschiedet wurde. Bereits im ersten Jahr konnte die Klinik für Urologie bei weiter steigenden Patientenzahlen ihr Prostatakarzinomzentrum erfolgreich zertifizieren lassen.

Als weiteren Baustein für das medizinische Qualitätskonzept erfolgt die Kooperation mit der AOK Nordschwarzwald und dem Ärzteverband MEDI im Rahmen des integrierten Versorgungsmodells „Wundnetz Nordschwarzwald“, das seine Arbeit im Mai aufnahm. Ziel des Wundnetzes ist es, die Behandlung von Patienten mit chronischen Wunden zwischen den beteiligten Leistungserbringern optimal zu koordinieren.

Das Geschäftsjahr der KH-Service GmbH war wesentlich durch die Fertigstellung und Inbetriebnahme des neugebauten Versorgungszentrums im Stammheimer Feld in Calw geprägt.

Von Calw-Stammheim aus beliefert es mittlerweile alle Häuser des Klinikverbundes sowie externe Kunden mit Mahlzeiten, die im Cook & Chill-Verfahren hergestellt werden. Im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme des Versorgungszentrums erfolgte auch eine umfangreiche Anpassung der Personalstruktur. Mitarbeitern, die bisher in den Kliniken im Bereich der Speisenversorgung eingesetzt wurden, wurde entweder ein Arbeitsplatz im neuen Versorgungszentrum oder in anderen, insbesondere hauswirtschaftlichen Bereichen angeboten. Dadurch konnte die Maßnahme ohne betriebsbedingte Kündigungen umgesetzt werden.

Leistungs-, Aufwands- und Ertragsentwicklung

Im Geschäftsjahr konnten das Case-Mix-Punkte-Volumen und die Fallzahlen verbundweit um +2,3 % bzw. +2,4 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden, wobei sich die Behandlungskomplexität, der so genannte Case-Mix-Index, insgesamt konstant entwickelte. Die Verweildauer wurde von 6,4 auf 6,2 Tage weiter reduziert, womit die Belegungseffizienz weiter verbessert werden konnte. Die Anzahl der Behandlungstage nahm dabei um -1,0 % von 438.173 auf 434.010 Tage ab.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten die Umsatzerlöse um +6,4 % bzw. von TEUR 214.750 auf TEUR 228.410 gesteigert werden. Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2009 TEUR	2008 TEUR
Erlöse aus Krankenhausleistungen	203.181	191.814
Erlöse aus Wahlleistungen	3.316	3.521
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	7.700	7.437
Nutzungsentgelte der Ärzte	9.276	8.730
Sonstige Umsatzerlöse	4.937	3.248
	<u>228.410</u>	<u>214.750</u>

Dem gegenüber steht der Anstieg der Personalaufwendungen um +8,8 % auf TEUR 150.525 und die Zunahme des Materialaufwands um +13,7 % auf TEUR 75.719.

Die Mehrausgaben im Bereich Personal resultieren aus Tariferhöhungen, der tariflichen Auszahlung von Überstunden sowie dem im Geschäftsjahr erzielten Ausbau der Leistungsstruktur. Im Bereich des Materialaufwands sind ebenfalls leistungsbedingt vor allem die Aufwendungen für medizinischen Sachbedarf gestiegen.

Dadurch ergibt sich im Berichtsjahr für den Klinikverbund-Konzern ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -976 nach Abzug der Anteile am Verlust für Minderheitsgesellschafter in Höhe von TEUR 944.

Die Personalaufwendungen der Klinikverbund Südwest GmbH sind im Geschäftsjahr um +TEUR 755 gestiegen und betragen TEUR 1.846. Ebenso sind die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um +TEUR 288 auf TEUR 1.967 angestiegen. Da alle Kosten der Klinikverbund Südwest GmbH an die verbundenen Unternehmen weiterbelastet wurden, ergab sich im Berichtsjahr ein ausgeglichenes Ergebnis.

Vermögens- und Finanzlage

Investitionen in Sachanlagevermögen auf Ebene der Klinikverbund Südwest GmbH fanden im Wirtschaftsjahr 2009, wie bereits in den Vorjahren, nur in geringer Höhe statt. Wesentliche Position sind auf der Aktivseite, wie im Vorjahr, die Finanzanlagen.

Der Anstieg der Forderungen gegen verbundene Unternehmen um TEUR 716 ist auf die gestiegenen Managementleistungen zurückzuführen. Die Zunahme der sonstigen Ver-

mögensgegenstände um TEUR 1.364 betrifft im Wesentlichen die Forderung gegenüber dem Finanzamt aus Umsatzsteuererstattungen für die Jahre 2008 und 2009.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 2.863 beruht zum einen auf der Einführung des Cashpoolings zum 01.10.2009 und zum anderen auf den aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft weiterberechneten Umsatzsteuerforderungen aus 2008 und 2009.

Die Eigenkapitalquote (bilanzielles Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme) der Klinikverbund Südwest GmbH beträgt 56,7 % (Vorjahr 71,7 %). Das Anlagevermögen wird zu 94,0 % (i. V. 94,4 %) durch das Eigenkapital gedeckt.

Das Vermögen des Konzerns besteht zu 56,0 % (Vorjahr 48,9 %) aus langfristigem Vermögen und zu 44,0 % (Vorjahr 51,1 %) aus kurzfristigem Vermögen. Das Vermögen des Konzerns entfällt im Wesentlichen auf die Klinikum Sindelfingen-Böblingen gGmbH (49 %), auf die Kreiskliniken Böblingen gGmbH (23 %) und auf die Kreiskliniken Calw gGmbH (16 %).

Die Eigenkapitalquote hat sich im Konzern von 33,7 % auf 26,0 % verringert.

Dem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 23.159 stehen Investitionen in Höhe von TEUR 33.329 gegenüber.

Zukünftige Entwicklung – Chancen und Risiken

Die Konzernobergesellschaft Klinikverbund Südwest GmbH agiert als reine Managementholding und übernimmt im Wesentlichen strategische Führungsaufgaben. Operativ tätig sind nur die im Anhang unter Anteilsbesitz aufgeführten Konzerngesellschaften. Diese beeinflussen daher maßgeblich die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung auf Ebene der Holding.

Der Regierungswechsel nach den Bundestagswahlen am 27.09.2009 und die damit einhergehenden wahrscheinlichen Gesetzesänderungen erschweren im Moment eine verlässliche Planung in den Krankenhäusern. Der Koalitionsvertrag bestätigt zwar für das kommende Jahr den geltenden DRG-Finanzierungsrahmen, ab dem Jahr 2011 soll aber ein grundlegend neues System zur Finanzierung der Gesundheitsausgaben eingeführt werden, dessen Ausgestaltung derzeit noch unbekannt ist.

Einige Hinweise auf die angestrebten Veränderungen im Gesundheitssystem sind jedoch bereits aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ersichtlich. Aus baden-württembergischer Sicht ist die Beibehaltung regional unterschiedlicher Preise für die Krankenhausleistungen eher positiv zu bewerten, da somit ein weiterer Mittelabfluss im Zug der Einführung eines bundeseinheitlichen Basisfallwertes verhindert werden kann. Allerdings muss der Flexibilität auf der Preisebene auch die Flexibilität auf der Einnahmeseite der GKV und der PKV folgen; dies festzulegen bleibt Aufgabe einer neuen Regierungskommission, die erst noch eingerichtet werden muss. Ferner besteht das ausdrückliche Bekenntnis zur flächendeckenden Versorgung mit Krankenhausleistungen, zur Nachwuchsgewinnung bzw. zur Förderung des Medizinstudiums sowie der Erweiterung der Delegationsmöglichkeiten ärztlicher Tätigkeiten seitens der neuen Bundesre-

gierung. Aus Sicht der Krankenhäuser sind hier gesetzliche Anpassungen dringend notwendig, um den Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern im Gesundheitswesen für die Zukunft zu sichern.

Die Diskontinuität der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre hat überdeutlich gezeigt, dass verlässliche Aussagen über die zukünftigen Entwicklungen der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kaum möglich sind. Nichtsdestotrotz lassen sich aus heutiger Sicht einige wesentliche Faktoren zumindest dem Grunde nach festmachen.

Zum einen ist dies die vom Bundesministerium für Gesundheit festzulegende Veränderungsrate, die das bestehende Budgetvolumen fortschreibt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese bei weitem nicht ausreichend ist, die Erhöhung der Personalaufwendungen und die Preissteigerungen beim Sachaufwand auszugleichen.

Zusätzlich zu den im Zug der Tarifrunde für 2010 steigenden Personalkosten werden die Kliniken auch mit wachsenden Sachkosten konfrontiert werden. Da die Personalkosten auch weiterhin rund zwei Drittel der Gesamtkosten in den Krankenhäusern ausmachen, wird der Anstieg von insgesamt 2,0 bis 2,5 Prozent mit erheblichen Mehrausgaben für die Krankenhäuser verbunden sein.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre können wir davon ausgehen, dass eine Gegenfinanzierung durch die Gesundheitspolitik nicht in ausreichendem Maße erfolgen wird. Eine wesentliche Rolle wird hierbei auch die zwangsläufige Verschlechterung der Finanzlage der Krankenkassen spielen, die sich aus der aktuellen Wirtschaftskrise abzeichnet.

Wegen der zunehmend angespannten Haushaltslage des Landes, der Städte und Kommunen wird auch 2010 die duale Krankenhausfinanzierung nicht auskömmlich den Bedarf an Investitionsmitteln decken können. Notwendige Investitionen werden deshalb auch weiterhin durch die Krankenhausträger und/oder aus dem laufenden Betrieb zu finanzieren sein. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch in Baden-Württemberg die Diskussion um eine Privatisierung kommunaler Krankenhäuser zunehmen wird.

Da mit dem Jahr 2010 auch die Konvergenzphase der DRG-Einführung vorläufig abgeschlossen sein wird, können Steigerungen bei Personal- und Sachkosten nur noch auf dem Weg der Leistungsausweitung bzw. der Effizienzsteigerung aufgefangen werden.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor wird damit wiederum sein, durch eine Steigerung der Fallzahlen und damit des Umsatzes eine entsprechende Steigerung der Einnahmen zu erzielen. Hierbei gilt es, dass wir im Wettbewerb zu den benachbarten Krankenhäusern und medizinischen Zentren, vornehmlich in Stuttgart, Ludwigsburg, Pforzheim und Tübingen, unseren Marktanteil weiter ausbauen. Neben der Verbesserung unserer Servicequalität und dem Ausbau unserer medizinischen Angebotsstruktur soll dazu eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten beitragen.

Darüber hinaus ist es notwendig, die Wirtschaftlichkeit unserer Leistungserbringung weiter zu verbessern. Neben den bereits in den letzten drei Jahren umgesetzten Maß-

nahmen werden wir im Rahmen weiterer, teilweise bereits initiiertes Projekte unsere Kernleistungsprozesse effizienter gestalten.

Um mit den Entwicklungen Schritt halten zu können, sind motivierte und hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter essenziell. Ein Schwerpunkt wird für uns daher sein, unser Qualifikationsniveau durch entsprechende Personalentwicklung zu halten und weiter auszubauen. Dadurch wird es uns möglich sein, einerseits die Attraktivität unserer Krankenhäuser und damit die Einnahmen zu steigern sowie die Kosteneffizienz weiter zu verbessern.

Risikomanagement

Der Klinikverbund Konzern hat im Berichtsjahr ein Risikomanagementsystem implementiert, welches das Ziel verfolgt, durch eine systematische Erfassung und aktive Steuerung die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Risiken zu reduzieren und nicht vermeidbare Schäden so gering wie möglich zu halten. Das Risikoprofil der Gesellschaften quantifiziert anhand verschiedenartiger Parameter Markt- und Konjunkturrisiken sowie unterschiedliche Betriebsrisiken. Zur Beobachtung der Marktentwicklung und zur Festlegung von Umsatzzielen werden unter anderem gesetzgeberische Entwicklungen und Veränderungen der Beschaffungsmärkte analysiert sowie Marktbeobachtungen vorgenommen. Zur Überwälzung von Risiken wird der Versicherungsschutz laufend überprüft und gegebenenfalls durch eine Anpassung des Versicherungsschutzes Rechnung getragen. Ausstehende Forderungen werden regelmäßig überprüft und die Ausfallrisiken in ausreichendem Maße durch bilanzielle Wertberichtigungen berücksichtigt. Der Klinikverbund hat für das Geschäftsjahr erstmals einen Risikobericht erstellt, mit dem die Entwicklungen der im Risikoprofil identifizierten Risiken aktualisiert werden.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2009 haben sich weder auf Ebene der Holding noch für den Klinikverbund-Konzern Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet, über die an dieser Stelle zu berichten wäre.

Ausblick

Bereits seit einigen Jahren müssen die Krankenhäuser Investitionen zunehmend aus Eigenmitteln oder über Kredite finanzieren, da die vom Land zur Verfügung gestellten Fördermittel bei weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Aufgrund der sich verschlechternden Situation bei den öffentlichen Kassen wird der Eigenanteil an den Investitionen der Krankenhäuser in Zukunft noch weiter zunehmen müssen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Entsprechend der für Krankenhäuser geltenden Regelung der dualen Finanzierung müssten die Abschreibungen auf Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände sowie Baumaßnahmen durch die Sonderposten aus Landesfördermitteln finanziert bzw. ausgeglichen werden können. Je mehr Investitionen jedoch aus Eigen- oder Fremdmitteln finanziert werden, umso höher wird die Ergebnisbelastung in der Gewinn- und Verlustrechnung durch die nicht durch eine entsprechende Auflösung von Sonderposten kompensierten Abschreibungen sowie gegebenenfalls zu zahlende Darlehenszinsen. Mit

Eigen- oder Fremdmitteln zu finanzierende Investitionen müssen daher für ein ausgeglichenes Bilanzergebnis durch Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen in der operativen Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden. Da die Kalkulationsgrundlage der Fallpauschalen bisher einen Investitionsanteil jedoch nicht vorsieht, ist dies mit zunehmender Investitionstätigkeit mittelfristig unter gleich bleibenden Bedingungen kaum mehr umsetzbar. Die Abschreibungen reduzieren in diesem Fall das Eigenkapital sukzessive bis zum vollständigen Verbrauch, und es würde möglicherweise zu einer Überschuldung der Gesellschaft führen, wenn dann nicht die Gesellschafter anstelle des Landes Investitionsmittel zur Verfügung stellen würden.

Die Ergebnisentwicklung des Klinikverbund-Konzerns für 2010 und 2011 hängt maßgeblich vom Ergebnis der Akutkliniken und somit von den Ergebnissen der Budget- und Entgeltverhandlungen, von den gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Leistungen sowie von der Entwicklung der Personalkosten nach den Tarifabschlüsse ab. Mitte Mai 2010 haben die Ärzte Streikmaßnahmen durchgeführt, nachdem die Tarifverhandlungen zwischen dem Marburger Bund und dem Kommunalen Arbeitgeberverband gescheitert sind. In der Folge war insbesondere im operativen Bereich nur ein sehr eingeschränkter Betrieb möglich. Um das Planergebnis 2010 zu erreichen ist es notwendig, die streikbedingten Umsatzeinbrüche nach dem im Juni 2010 erzielten Tarifabschluss im verbleibenden Jahreszeitraum aufzuholen. Wir streben für 2010 und 2011 auf Ebene des Konzerns sowie der Klinikverbund Südwest GmbH dennoch ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Böblingen, 3. August 2010
Klinikverbund Südwest GmbH
Geschäftsführung
(gez.)
Dr. Gunther K. Weiß, M.Sc.

Kapitalzuführungen/-entnahmen durch den Landkreis Calw

Kapitalzuführungen bzw. -entnahmen durch den Landkreis Calw wurden nicht vorgenommen.

Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2009	2008
Anzahl Angestellte (Vollkräfte)	15	9

Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates

	2009 EUR	2008 EUR
Geschäftsführung (Angaben unterbleiben gem. § 286 Abs. 4 HGB)	k. A.	k. A.
Aufsichtsrat (Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigung)	6.000	14.000

2. Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH in Pforzheim (WFG)

Allgemeine Angaben

Wirtschaftsförderung Zukunftsregion Nordschwarzwald GmbH
Blücherstrasse 32
75177 Pforzheim
Tel. +49 7231 15 43 69-0
Fax +49 7231 15 43 69-1
wfg@nordschwarzwald.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Region Nordschwarzwald durch eine gezielte Förderung der Wirtschaft, insbesondere mittels Anregung und Hilfestellung bei der Verwirklichung interkommunaler Gewerbegebiete, eines Regionalmarketings (nach innen und außen), die Entwicklung und Betreuung des vorhandenen Unternehmensbestandes, die Akquisition ansiedlungswilliger Unternehmen sowie die Information, Kooperation und Koordination in allen Bereichen der regionalen Wirtschaftsförderung.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben arbeitet die Gesellschaft insbesondere mit den Gebietskörperschaften und den Organisationen der Wirtschaft in der Region zusammen. Die Gesellschaft ist eine körperschaftsteuerbefreite Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 18 KStG.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 91.200 EUR und ist voll einbezahlt.
Die Geschäftsanteile werden wie folgt gehalten:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Stadt Pforzheim	11.000 EUR	12,06
Enzkreis	11.000 EUR	12,06
Landkreis Calw	11.000 EUR	12,06
Landkreis Freudenstadt	11.000 EUR	12,06
Stadt Nagold	2.000 EUR	2,19
Stadt Bad Teinach-Zavelstein	300 EUR	0,33
Stadt Maulbronn	700 EUR	0,77
Gemeinde Niefern-Öschelbronn	1.200 EUR	1,32
Sparkasse Pforzheim Calw	16.000 EUR	17,54
Regionalverband Nordschwarzwald	8.000 EUR	8,77
Industrie- u. Handelskammer Nordschwarzwald	8.000 EUR	8,77
Kreissparkasse Freudenstadt	8.000 EUR	8,77
Handwerkskammer Karlsruhe	3.000 EUR	3,29
Summe	91.200 EUR	100,00

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck orientiert sich am Gegenstand des Unternehmens. Dieser wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Sachanlagen	14.552	15.221	19.861
Anlagevermögen	14.552	15.221	19.861
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.395	27.589	7.741
Flüssige Mittel	262.920	274.493	173.283
Umlaufvermögen	283.315	302.081	181.024
Rechnungsabgrenzungsposten	1.231	423	61
Bilanzsumme	299.098	317.725	200.946
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	91.200	91.200	89.300
Gewinnrücklagen	119.300		
Gewinn-/Verlustvortrag		54.123	-115.845
Bilanzgewinn	56.709	71.617	169.968
Eigenkapital	267.209	216.941	143.423
Rückstellungen	25.000	90.500	7.500
Verbindlichkeiten	6.889	10.285	50.022
Rechnungsabgrenzungsposten			
Bilanzsumme	299.098	317.725	200.946

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	699.102	795.267	941.655
Sonstige betriebliche Erträge	43.143	577	207
Betriebliche Erträge	742.245	795.843	941.862
Materialaufwand (bezogene Leistungen)	459.294	515.047	572.309
Personalaufwand	136.261	82.642	73.858
Abschreibungen	2.957	4.640	5.095
Sonstige betriebliche Aufwendungen	98.906	130.942	125.360
Betriebliche Aufwendungen	697.418	733.271	776.621
Betriebsergebnis	44.827	62.572	165.240
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.441	9.045	6.092
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	1.364
Finanzergebnis	5.441	9.045	4.728
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	50.268	71.616	169.968
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	50.269	71.617	169.968
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	125.741	54.123	
Einstellung in Gewinnrücklagen	119.300	0	
Bilanzgewinn	56.709	125.741	169.968

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	4,87%	4,79%	9,88%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	15,72%	0,00%	52,84%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	89,34%	68,28%	71,37%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	1.836,24%	1.425,27%	722,14%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	7,19%	9,01%	18,05%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	18,81%	33,01%	118,51%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	77,38%	0,00%	205,99%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	-12.274 EUR	159.257 EUR	175.363 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	19,54%	11,27%	9,51%

Lagebericht der WFG Nordschwarzwald

1. Finanz- und Vermögenslage

Die Gesellschaft befindet sich in geordneten finanziellen Verhältnissen.

Das von den zuständigen Gremien zugewiesene Jahresbudget wurde satzungsgemäß verwendet. Die Gesellschaft ist schuldenfrei.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft in Höhe der Stammeinlage eine Rücklage gebildet, die sich auf Festgeldkonten befindet.

Die Gesellschafter haben in der Gremiensitzung vom 23.09.2009 das Budget für 2010 verabschiedet und dabei eine Umlagenfinanzierung in gleicher Höhe wie 2009 zugesagt und beschlossen.

Die Handelskammer wird auch in 2010 eine Umlagebeteiligung in Höhe von 10.000 € erbringen.

Weitere Kommunen planen eine Mitgliedschaft als Gesellschafter.

2. Geschäftsrisiken

Es sind derzeit keine Geschäftsrisiken bekannt.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft wird weiterhin als positiv eingeschätzt.

Die Gesellschaft hat 2009 die Sympathiekampagne sowie den Internet-Neuauftritt weiter vorangebracht. Für 2010 sind mit dem Aufsichtsrat feste Termin-Meilensteine für das weitere Vorgehen verabredet. Diese Maßnahmen sind durch das von den Gesellschaftern beschlossene Budget 2010 finanziell gesichert, zusätzlich wird die noch nicht abgerufene Sonderumlage in Höhe von 140.000 € bei den Gesellschaftern abgerufen werden.

Weiterhin wurden planmäßig Messeauftritte auf der Hannover Messe International in Kooperation mit KMUs der Region sowie auf der ExpoReal in München in Kooperation mit regionalen Kommunen und Bankinstituten realisiert. Die Organisation dieser Messeauftritte wird auch in 2010 durchgeführt werden und ist durch das von den Gesellschaftern beschlossene Budget 2010 finanziell gesichert.

Die Kooperation mit dem Technologiezentrum Horb bezüglich des Aufbaus und der Pflege des Unternehmensnetzwerks INNONET Kunststoff wurde erfolgreich weiterverfolgt. In diesem Zusammenhang wurde ein gemeinsamer Messestand auf der Fakuma in Friedrichshafen konzipiert und realisiert. Das Netzwerk-Management wird auch in 2010 mit Kostenbeteiligung durch Technologiezentrum Horb in Höhe von 10.000 € fortgeführt werden, die darüber hinaus gehenden Kosten sind ebenfalls durch das von den Gesellschaftern beschlossene Budget 2010 finanziell gesichert.

Das erfolgreiche Jugendförderprojekt „Nordschwarzwald-Cup“ wird auch in 2010 mit gesicherter Finanzierung von 70% der Kosten aus dem Europäischen Sozialfonds (30% Kofinanzierung ist im von den Gesellschaftern beschlossenen Budget 2010 enthalten) durchgeführt werden.

Derzeit befinden sich weitere Projekte zur nachhaltigen Umsetzung der Bestandspflege und des Standortmarketings in der Umsetzung. So wurde für das von der WFG verliehene Gütesiegel "Kommunale Kompetenz" eine vollständig neue Marketingstrategie entwickelt, mit der nun im kommenden Jahr Baden-Württemberg-weit alle Kommunen angeschrieben und über eine mögliche Teilnahme an dem Zertifizierungsprozess informiert werden.

Personelle Entwicklung

Die Gesellschaft hat in 2009 eine Projektmitarbeiterstelle wiederbesetzt und eine weitere Projektmitarbeiterstelle erstmalig besetzt.

Der Geschäftsführer Prof. Dr. Norbert Höptner scheidet mit Ablauf seines Vertrages zum 31.12.2009 aus der Gesellschaft aus und steht aus persönlichen Gründen für eine Vertragsverlängerung nicht zur Verfügung.

Die zuständigen Gremien haben in ihrer Sitzung vom 25.11.2009 die bisherige stellvertretende Geschäftsführerin Claudia Stöhrle zur alleinigen Geschäftsführerin mit Wirkung vom 01.01.2010 ernannt. Dabei wurde die bisher 20%-Stelle Geschäftsführung auf 100%-Stelle erhöht.

Die bisherige 100%-Stelle Projektleitung von Frau Stöhrle konnte intern zum 01.01.2010 besetzt werden.

Der zum 31.12.2009 ausgelaufene Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Steinbeis-Stiftung wurde bis zum 31.12.2010 verlängert. Die darin enthaltene Personalleistung wird vertragsmäßig zur Verfügung gestellt.

Zusammenfassung

Die Gesellschaft befindet sich in geordneten Verhältnissen und kann ihrem Geschäftszweck ungehindert nachgehen.

Pforzheim, 18. Januar 2010
(gez.)
Claudia Stöhrle

3. SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH in Freudenstadt

Allgemeine Angaben

SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH
Lauterbadstraße 5
72250 Freudenstadt
Tel.: 07441 / 864 716
Fax: 07441 / 864 729
E-Mail: info@schwarzwald-musikfestival.de
Internet: www.schwarzwald-musikfestival.de

Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe und Zweck der Gesellschaft sind die Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen, wie Konzerten, Musiktheater- und Vortragsveranstaltungen in Gemeinden des Schwarzwaldes, insbesondere im Rahmen des Schwarzwald Musikfestivals. Die SMF Schwarzwald Musikfestival GmbH kann als Träger einer regionalen Kulturförderung zur Verfügung stehen.

In Zusammenhang mit anderen Organisationen und Einrichtungen zur Förderung von Kunst und Kultur will die Gesellschaft einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Musikkultur in der Region leisten.

Beteiligungsverhältnisse

Durch die Aufnahme der Hochschwarzwald Tourismus GmbH als weitere Gesellschafterin wurde das Stammkapital von 41.250 EUR auf 48.750 EUR erhöht.

Davon haben folgende Stammeinlagen übernommen als Gesellschafter:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Stadt Freudenstadt	7.500	15,38
Gemeinde Baiersbronn	7.500	15,38
Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e.V., Baiersbronn	15.000	30,77
Landkreis Calw	3.750	7,69
Landkreis Rottweil	3.750	7,69
Herr Mark Mast, München	3.750	7,69
Hochschwarzwald Tourismus GmbH, Titisee-Neustadt	7.500	15,38
Summe	48.750	

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Sachanlagen	567	874	374
Anlagevermögen	567	874	374
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.169	28.487	38.707
Flüssige Mittel	6.097	61.044	93
Umlaufvermögen	22.266	89.531	38.800
Rechnungsabgrenzungsposten	3.646	1.665	2.297
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	62.460	123.435	44.233
Bilanzsumme	88.939	215.504	85.703
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	48.750	41.250	33.750
Verlustvortrag	-164.685	-77.983	-32.960
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	53.475	-86.702	-45.023
Nicht gedeckter Fehlbetrag	62.460	123.435	44.233
Eigenkapital	0	0	0
Rückstellungen	6.950	9.650	6.900
Verbindlichkeiten	81.564	156.954	78.803
Rechnungsabgrenzungsposten	425	48.900	0
Bilanzsumme	88.939	215.504	85.703

Nach der Bilanz zum 31.12.2009 mit einem Stammkapital von 48.750 EUR, einer Verrechnung des Verlustvortrags von 164.684,60 EUR und eines Jahresüberschusses von 53.474,60 EUR verbleibt am Bilanzstichtag eine Kapitalunterdeckung in Höhe von 62.460,00 EUR.

Nach § 64 Abs. 1 GmbHG besteht Insolvenzantragspflicht, wenn die Gesellschaft zahlungsunfähig ist oder eine Überschuldung vorliegt.

Eine Überschuldung der Gesellschaft liegt jedoch nicht vor, da es sich bei den in den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesenen Gesellschafterdarlehen in Höhe von 72.000,00 EUR um juristisch geprüfte eigenkapitalersetzende Darlehen handelt.

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Umsatzerlöse	164.088	186.309	120.123
Sonstige betriebliche Erträge	156.844	109.269	69.287
Betriebliche Erträge	320.932	295.578	189.410
Materialaufwand	130.947	214.765	86.156
Personalaufwand	93.139	95.913	89.453
Abschreibungen	425	364	158
Sonstige betriebliche Aufwendungen	88.384	69.180	58.185
Betriebliche Aufwendungen	312.895	380.222	233.952
Betriebsergebnis	8.037	-84.644	-44.542
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.085	1.011	10
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.816	3.069	491
Finanzergebnis	-1.730	-2.058	-480
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.307	-86.702	-45.023
Außerordentliche Erträge*	47.168	0	0
Außerordentliches Ergebnis	47.168	0	0
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	53.475	-86.702	-45.023

* Der Darlehensverzicht der Stadt Freudenstadt, der Gemeinde Baiersbronn, des Landkreises Calw sowie der Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e.V. wurde als außerordentlicher Ertrag erfasst.

Die Gesellschafterdarlehen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Gesellschafter	Stand 01.01.2009	Zugang 2009	Abgang 2009	Stand 31.12.2009
Stadt Freudenstadt	12.167,75	0,00	12.167,75	0,00
Gemeinde Baiersbronn	10.000,00	0,00	10.000,00	0,00
Landkreis Calw	10.000,00	0,00	10.000,00	0,00
Gesellschaft zur Förderung des Schwarzwald Musikfestivals e.V.	15.000,00	0,00	15.000,00	0,00
Mark Mast, München	90.000,00	0,00	18.000,00	72.000,00
Summe	137.167,75	0,00	65.167,75	72.000,00

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	0,64%	0,41%	0,44%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	20,93%	98,89%	33,52%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	0,00%	0,00%	0,00%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	32,59%	-46,54%	-37,48%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	--	--	--
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	27,91%	237,44%	79,14%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	51.200 EUR	-83.588 EUR	-43.554 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	29,77%	25,23%	38,24%

Lagebericht

Entfällt nach § 264 Abs. 1 Satz 3 i.V.m § 267 Abs. 1 HGB

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen. Die Gesellschaft arbeitet ausschließlich und unmittelbar gemeinnützig und selbstlos im Sinne des dritten Abschnitts der Abgabenordnung.

Der öffentliche Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit erfüllt.

4. Schwarzwald Tourismus GmbH, Freiburg (STG)

Allgemeine Angaben

Schwarzwald Tourismus GmbH
Postfach 1660, 79016 Freiburg
Ludwigstr. 23, 79104 Freiburg

Tel.: +49 761 896460

Fax: +49 761 8964670

E-mail: mail@schwarzwald-tourismus.info

Homepage: www.schwarzwald-tourismus.info

Nach der Neustrukturierung der Schwarzwald Tourismus GmbH wird die Gesellschaft erstmals in den Beteiligungsbericht des Landkreises Calw aufgenommen. Die Daten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden daher nur für die Geschäftsjahre 2008 und 2009 dargestellt, die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen für das Jahr 2009.

Gegenstand des Unternehmens

Ziel der Gesellschaft ist es, den Tourismus im Schwarzwald zu fördern, die Kräfte des Marketings für die Dachmarke Schwarzwald zu bündeln und den Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion zu steigern. Die Gesellschaft hat die Funktion eines Tourismusdachverbandes.

Aufgaben der Gesellschaft:

Die Gesellschaft

- fördert und unterstützt die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald,
- trägt zur positiven Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international bei,
- sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei,
- entwickelt, betreibt und aktualisiert ein eindeutiges und unverwechselbares Erscheinungsbild des Schwarzwaldes als Urlaubs- und Erholungsregion und fördert den Bekanntheitsgrad des Schwarzwaldes,
- koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs,
- betreibt das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald,
- bezieht privatwirtschaftliche Unternehmen in ihre Marketingaktivitäten ein und koordiniert gemeinsame Werbung für die Marke Schwarzwald,
- fördert Maßnahmen zur qualitativen und quantitativen Verbesserung des touristischen Angebotes,
- bedient sich zur Erledigung ihrer Aufgaben eines Marketingkonzeptes und schreibt dieses fort und setzt es um,

- nimmt ihre Aufgaben im gemeinsamen Interesse der Tourismusbranche und allen sonstigen vom Tourismus profitierenden Betrieben im Schwarzwald wahr,
- verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten.
- anerkennt die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen. Diese Institutionen und Verbände können ihre Interessen in einen Fachbeirat einbringen, welcher durch die Gesellschaft eingerichtet wird. Der Fachbeirat ist aus dem Landkreis-Tourismusausschuss zu entwickeln.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 101.400 EUR.
Die Geschäftsanteile werden wie folgt gehalten:

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
KMK Karlsruher Messe- und Kongress GmbH	1.000	0,99
Stadt Pforzheim	250	0,25
Baden-Baden Kur & Tourismus GmbH	900	0,89
Landkreis Calw	8.300	8,19
Landkreis Rastatt	3.400	3,35
Enzkreis	800	0,79
Landkreis Freudenstadt	10.700	10,55
Landkreis Schwarzwald-Baar	9.550	9,42
Landkreis Rottweil	1.700	1,68
Ortenaukreis	17.150	16,91
Freiburg Wirtschaft, Touristik und Messe GmbH & Co. KG	1.250	1,23
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald	26.600	26,23
Landkreis Emmendingen	3.100	3,06
Landkreis Lörrach	6.850	6,76
Landkreis Waldshut	8.450	8,33
Landkreis Karlsruhe (neu seit 2009)	1.400	1,38
Summe	101.400	100,00

Beteiligungen des Unternehmens:

Die Schwarzwald Tourismus GmbH hält Gesellschaftsanteile an der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg von 20,3% (Anteil am Stammkapital 23.403 EUR).

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck wird im Gesellschaftsvertrag durch die Beschreibung der Aufgaben der Gesellschaft festgelegt. Er wird durch die laufende Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR
A K T I V A		
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.921	4.715
Sachanlagen	81.484	57.092
Finanzanlagen	23.403	23.400
Anlagevermögen	108.808	85.207
Vorräte	14.329	10.313
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	400.657	503.813
Flüssige Mittel	659.949	528.309
Umlaufvermögen	1.074.934	1.042.435
Rechnungsabgrenzungsposten	1.448	1.087
Bilanzsumme	1.185.190	1.128.728
P A S S I V A		
Gezeichnetes Kapital	101.400	100.000
Gewinnvortrag	38.100	24.285
Jahresüberschuss	39.252	13.814
Eigenkapital	178.751	138.100
Rückstellungen	142.127	134.804
Verbindlichkeiten	864.312	855.825
Rechnungsabgrenzungsposten		
Bilanzsumme	1.185.190	1.128.728

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR
Umsatzerlöse	3.275.841	3.364.462
Sonstige betriebliche Erträge	387.215	596.590
Betriebliche Erträge	3.663.057	3.961.052
Materialaufwand	1.761.430	2.170.197
Personalaufwand	1.192.349	1.102.376
Abschreibungen	24.310	33.639
Sonstige betriebliche Aufwendungen	657.661	653.166
Betriebliche Aufwendungen	3.635.750	3.959.378
Betriebsergebnis	27.307	1.674
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.646	19.864
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	300	300
Finanzergebnis	27.346	19.564
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	54.652	21.238
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.392	7.423
Sonstige Steuern	8	1
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	39.252	13.814

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	9,18%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	44,23%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	15,08%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	164,28%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	1,20%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	21,96%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	197,94%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	70.885 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	32,80%

Lagebericht der STG

Allgemeine Lage und Entwicklung der Gesellschaft

Unsere Gesellschaft, die ihren Sitz in Freiburg hat, fördert und unterstützt seit Ihrer Gründung im Jahr 2001 die naturnahe, ökologische, nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Tourismus und des Kurwesens im Schwarzwald. Ihr Auftrag ist die Imagebildung des Schwarzwaldes als Dachmarke national und international. Sie sorgt für die Bekanntheit und die Verbreitung des touristischen Angebotes des Schwarzwaldes und trägt zu einem optimierten Informationsservice für potentielle Gäste und Interessenten bei.

Die Gesellschaft koordiniert und fördert die Vermarktung des touristischen Angebotes unter dem Dach des touristischen Markenbegriffs durch das operative touristische Marketinggeschäft für den gesamten Schwarzwald in Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt öffentliche Zwecke im Sinne der Gemeindeordnung Baden-Württemberg. Die tourismuspolitischen Aufgaben werden als Klammerfunktion für den gesamten Schwarzwald gegenüber dem Bund, dem Land und den Fach- und Dachverbänden vertreten. Die Zusammenarbeit mit den Institutionen und Verbänden des Schwarzwaldes, die sich ebenfalls um die Förderung des Tourismus bemühen, wird durch den Fachbeirat sichergestellt.

Die in den Vorjahren eingeleiteten Strukturänderungen in den rechtlichen und gesellschaftsvertraglichen Grundlagen wurden im Jahr 2009 durch den Abschluss eines geänderten Gesellschaftsvertrages abgeschlossen.

Der Entwicklung des Tourismus im Schwarzwald diene auch im Jahr 2009 die Bearbeitung verschiedener Themenbereiche (Profilthemen Wandern und Mountainbike/Rad, sowie die Themen Wellness, Essen & Trinken, Winter und Städte) durch geeignete Marketingmaßnahmen.

Unterstützt wurde dies durch die Organisation und finanzwirtschaftliche Abwicklung der KONUS-Gästekarte und der SchwarzwaldCard.

Durch zahlreiche Messebeteiligungen, Präsentationen bei verschiedenen Veranstaltungen, Werbekampagnen, ausdrucksstarke und informative Printmedien, den Schwarzwaldkatalog, zahlreiche Aktivitäten in der Presse/Medien- und PR-Arbeit und schließlich auch durch die Präsentation unseres Internetauftritts haben wir das Markenversprechen „herz.erfrischend.echt.“ weiter transportieren können.

Die gesamtwirtschaftliche konjunkturelle Abwärtsbewegung hielt auch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr weiter an. Vor diesem Hintergrund galt es, die Stärke der Marke Schwarzwald noch deutlicher herauszustellen und zu unterstützen.

Die Geschäftsentwicklung der Schwarzwald Tourismus GmbH war insgesamt zufriedenstellend. Für 2010 rechnen wir mit einer Fortsetzung der günstigen Entwicklung.

Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung der Schwarzwald Tourismus GmbH schließt mit einem Jahresüberschuss von € 39.251,59 ab. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2009, der durch den Aufsichtsrat beschlossen wurde, ging von Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 3.423.110,00 aus. Tatsächlich wurden Umsatzerlöse und Erträge in Höhe von € 3.690.702,44 und Aufwendungen und Abschreibungen in Höhe von € 3.651.450,85 getätigt. Durch eigenen Maßnahmen generiert die Schwarzwald Tourismus GmbH inzwischen Erlöse von nunmehr € 1.689.036,14.

Bei der SchwarzwaldCard sind Einnahmen in einer Größenordnung von € 46.140,99 Erlöst worden, dagegen stehen Aufwendungen in der Größenordnung von € 63.501,26. Besser als der Plan von € 80.000 hat sich das Projekt KONUS mit Erlösen von € 96.170,33 ergeben. Bei KONUS wurden € 42.192,30 Marketingaufwendungen getätigt. Sehr erfreulich zeigt sich die Entwicklung im Bereich Incoming. Hier wurde ein Deckungsbeitrag von € 172.241,52 erwirtschaftet.

Die Defizitausgleichszahlung der Gesellschafter und des Landes Baden-Württemberg lag mit € 1.974.020,40 bedingt durch die Aufnahme des Landkreis Karlsruhe mit € 22.470,40 über Plan. Erfreulich ist, dass auch die in diesem Betrag beinhaltete Marketingzahlung des Landes in Höhe von € 350.000 in der vollen Höhe geleistet wurde. Die Personalkosten fallen mit € 14.913,76 rund 1,3% höher aus als geplant. Im Jahresdurchschnitt wurden 27 Mitarbeiter und 3 Auszubildende beschäftigt.

Die Finanzlage ist ausgeglichen. Es bestehen ausreichend liquide Mittel.

Die Bilanzsumme beträgt € 1.185.190,08. Mit dem im Jahr 2009 erzielten Jahresüberschuss von € 39.251,59 konnte das Eigenkapital weiter aufgestockt werden und beträgt nun € 178.751,18. Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 15,1% des Gesamtkapitals gegenüber 12,2% im Vorjahr.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

Die Prognose der zukünftigen Geschäftsentwicklung vor dem Hintergrund der konjunkturellen Situation ist positiv. Nicht zuletzt wegen der auf Gesellschafterbeiträge ausgerichteten Finanzierung der Gesellschaft erscheint die Umsetzung der Unternehmensziele auch im Jahr 2010 gesichert.

Der Wirtschaftsplan 2010 geht von einem Haushaltsvolumen von € 3.541.181 aus. Im Bereich Marketing sind Ausgaben von € 1.732.750 und Einnahmen von € 1.254.500 geplant. Hier ist der Einsatz von € 478.250 Eigenmitteln vorgesehen.

Gesellschafterbeiträge sind in Höhe von € 1.974.021 vorgesehen, die Beiträge des Landes für Marketingmaßnahmen belaufen sich auf € 350.000. Hier besteht hinsichtlich der Modalitäten im Verwendungsnachweis gegenüber diesen Landesmitteln noch eine gewisse Unsicherheit auch für Zuschüsse der Vergangenheit. Die Gesellschaft geht derzeit nicht von einer Rückzahlungsverpflichtung aus.

Besonderer Risiken mit Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht zu sehen. Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Es bestehen Niederlassungen der Gesellschaft in Pforzheim und Villingen-Schwenningen.

Freiburg, den 8. Juni 2010
Schwarzwald Tourismus GmbH
(gez.)
Christopher Krull, Geschäftsführer

5. Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen (GWW)

Allgemeine Angaben

Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH Sindelfingen
Zentralverwaltung
Robert-Bosch-Str. 15
71116 Gärtringen

Telefon: 07034 / 27041-0
Telefax: 07034 / 27041-103
E-mail: kontakt@gww-netz.de
Homepage: www.gww-netz.de

Gegenstand des Unternehmens

Aufgabe und Zweck der Gesellschaft ist ausschließlich und unmittelbar die Förderung der Wohlfahrtspflege sowie mildtätiger Zwecke im Sinne des § 53 Nr. 1 AO und der Hilfe für Menschen mit Behinderung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch die Schaffung und den Betrieb von Einrichtungen zur Betreuung und Förderung von Menschen mit Behinderung.

Alle Einrichtungen und Maßnahmen der Gesellschaft sollen Menschen mit Behinderung fördern und ihnen helfen, einen geeigneten Platz im Arbeitsleben und in der Gesellschaft zu finden.

Die Gesellschaft bietet für Menschen mit Behinderung geeignete Maßnahmen der Eingliederungshilfe für Tagesbetreuung, Förderung und Betreuung, betreute und begleitete Wohnformen und die notwendigen Hilfen zur Eingliederung ins Arbeitsleben an. Für diejenigen Personen, die wegen ihrer Behinderung unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes keine Arbeit finden, stellt die Gesellschaft Dauerarbeits- und Beschäftigungsplätze im Arbeitsbereich der Werkstätten für Behinderte zur Verfügung.

In diesem Rahmen gehört zu den Aufgaben der Gesellschaft auch der notwendige Transport der betreuten Personen.

Die Gesellschaft ist Mitglied im diakonischen Werk der evangelischen Kirche Baden-Württemberg e.V.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 15.300.000 EUR und wird von den Gesellschaftern zu jeweils gleichen Teilen gehalten.

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Böblingen	900.000	5,88
Landkreis Calw	900.000	5,88
Stadt Böblingen	900.000	5,88
Stadt Sindelfingen	900.000	5,88
Stadt Herrenberg	900.000	5,88
Stadt Calw	900.000	5,88
Stadt Leonberg	900.000	5,88
Stadt Nagold	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Böblingen e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Sindelfingen e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Herrenberg e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Calw. e.V.	900.000	5,88
Lebenshilfe OV Oberes Nagoldtal e.V.	900.000	5,88
Verein für Körperbehinderte Kreis Böblingen e.V.	900.000	5,88
Fortis e.V. Böblingen	900.000	5,88
Arbeitskreis offene Psychiatrie Calw e.V.	900.000	5,88
Behindertenhilfe Leonberg e.V.	900.000	5,88
Summe	15.300.000	100,00

Der auf jeden Gesellschafter entfallende Teilbetrag von 900.000,00 EUR setzt sich zusammen aus:

Ursprüngliche Einlage der Gesellschafter	2.556,46 EUR
Geschäftsanteile aus Kapitalerhöhungen	897.443,54 EUR

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	116.830	185.832	259.737
Sachanlagen	35.226.327	37.239.619	37.641.297
Finanzanlagen	2.289.321	2.320.719	2.600.891
Anlagevermögen	37.632.478	39.746.170	40.501.925
Vorräte	3.490.553	4.101.479	3.834.383
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.544.157	5.771.959	8.405.612
Flüssige Mittel	3.233.550	2.953.143	3.369.009
Umlaufvermögen	12.268.260	12.826.582	15.609.003
Rechnungsabgrenzungsposten	224.907	0	0
Bilanzsumme	50.125.646	52.572.751	56.110.928
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	15.300.000	15.300.000	15.300.000
Gewinnrücklagen	16.735.422	16.735.422	16.605.422
Gewinnvortrag	1.848	0	
Jahresfehlbetrag/Vorjahre: Bilanzgewinn	-885.362	1.848	2.441
Eigenkapital	31.151.908	32.037.270	31.907.863
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermö- gens	9.212.275	9.938.984	10.122.447
Rückstellungen	5.069.869	5.741.968	6.317.750
Verbindlichkeiten	4.691.595	4.854.530	7.762.868
Rechnungsabgrenzungsposten			
Bilanzsumme	50.125.646	52.572.751	56.110.928

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Werkstatterlöse	32.037.543	53.226.163	60.323.734
Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-304.774	273.140	317.060
Andere aktivierte Eigenleistungen	348.821	437.628	217.958
Zwischensumme	32.081.590	53.936.930	60.858.753
Materialaufwand	19.908.468	37.153.483	44.554.068
Ergebnis der Werkstatt	12.173.122	16.783.448	16.304.685
Leistungsentgelte	24.154.499	23.563.012	22.907.154
Sonstige betriebliche Erträge	10.086.326	9.015.938	8.570.270
Zwischensumme	34.240.825	32.578.951	31.477.423
Personalaufwand	33.441.239	35.450.497	33.623.406
Abschreibungen	3.894.568	3.743.692	3.785.454
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.038.473	11.523.008	9.246.970
Zwischensumme	47.374.280	50.717.197	46.655.829
Betriebsergebnis	-960.333	-1.354.798	1.126.279
Erträge aus Beteiligungen	0	1.350.000	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	112.962	175.614	254.081
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37.991	41.409	39.457
Finanzergebnis	74.971	1.484.205	214.624
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-885.362	129.407	1.340.902
Gewinnvortrag		2.441	2.539
Zuführung zu Rücklagen		130.000	1.341.000
Bilanzgewinn/-verlust	-885.362	1.848	2.441

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	75,08%	75,60%	72,18%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	5,07%	12,09%	21,38%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	62,15%	60,94%	56,87%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	82,78%	80,60%	78,78%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	2,36%	2,18%	2,17%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	-1,58%	0,17%	1,61%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	-2,84%	0,40%	4,20%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	48,97%	128,40%	228,80%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	2.337.107 EUR	3.297.316 EUR	4.429.471 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	49,70%	40,34%	36,86%

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt gemäß ihrer Satzung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Der öffentliche Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit des Unternehmens erfüllt.

Lagebericht der Gemeinnützigen Werk- und Wohnstätten GmbH 2009

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Rahmenbedingungen

In Deutschland werden in 666 Hauptwerkstätten ca. 280.000 Menschen mit einer Behinderung gefördert, betreut und beschäftigt.¹ Viele Träger von Werkstätten haben zugleich die Aufgabe übernommen, differenzierte Wohnformen zu entwickeln und am Bedarf auszurichten. Gesetzliche Grundlage für Werkstätten und Wohnstätten für Men-

1) Quelle: BAG WfbM 2009

schen mit einer Behinderung sind vor allem die Sozialgesetzbücher IX und XII mit dazugehörigen Rechtsverordnungen.

Die GWW bietet in ihrem Einzugsgebiet, den Regionen Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold, Arbeits-, Betreuungs- und Wohnplätze für Menschen mit einer Behinderung an.

Im WfbM²-Bereich beträgt die durch Leistungsvereinbarung anerkannte Kapazität 984 Plätze, davon 104 Plätze im Förder- und Betreuungsbereich; im Wohnstättenbereich (inkl. ABW³ + Tagesstruktur) rd. 420 Plätze; im Berufsbildungsbereich gehen wir von einer Platzzahl von 140 aus.

Ziel der Betreuung und Förderung in den Werk- und Wohnstätten ist es, den betroffenen Personen ein Leben möglichst der Normalität angenähert zu ermöglichen.

Entsprechend dem Leitbild der GWW sollen alle Angebote und Maßnahmen der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung dienen. Dabei versuchen wir, soweit es die gegebenen Bedingungen zulassen, die Arbeits- und Betreuungsangebote den Bedürfnissen und Erwartungen der betroffenen Personen anzupassen und damit, soweit möglich, eine eigenständige und selbstbestimmte Lebensweise zu ermöglichen.

Die Gesellschaft hat Zweigniederlassungen in Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold.

2. Geschäftsverlauf und -ergebnis

Das Geschäftsjahr 2009 schließt, unter dem Einfluss der weltweiten Wirtschaftskrise, mit einem spürbaren Verlust ab – insofern wurden die wirtschaftlichen Ziele deutlich verfehlt.

Durch die in der Vergangenheit praktizierte stringente Rücklagen- und Rückstellungspolitik kann dieser Verlust jedoch ohne Substanzverlust der GWW ausgeglichen werden.

Nach einem vorübergehenden spürbaren Liquiditätsengpass hat sich die Liquidität wieder auf einem ausreichend hohen Niveau stabilisiert. Damit konnten die erforderlichen Investitionen, Anlagen und Projekte in Höhe von ca. 1,9 Mio. € und die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen aus Eigenmitteln finanziert werden.

Die bedingt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt aufgetretenen Produktionseinbrüche in wesentlichen Geschäftsfeldern führten zu einem erheblichen Rückgang der Wertschöpfung.

Die tarifliche Entwicklung im Personalbereich war die Hauptursache dafür, dass die vereinbarten Leistungsentgelte erheblich unter das für die Erfüllung der gesetzlichen und fachlichen Anforderungen in den Leistungsbereichen der GWW erforderlichen Niveau abgesunken sind. Die Landkreise als Träger der Sozialhilfe wurden daher zu Leistungsentgeltverhandlungen aufgefordert, die allerdings im laufenden Jahr noch zu keinem

2) WfbM= Werkstatt für behinderte Menschen

3) ABW= ambulant betreutes Wohnen

Ergebnis geführt haben. Seitens der GWW wurde daher zur Fristwahrung die Schiedsstelle angerufen. In der Zwischenzeit wurde durch die Kompromissbereitschaft aller Beteiligten eine für beide Seiten zufriedenstellende Vereinbarung auf dem Verhandlungswege erreicht.

Qualitätsmaßstab für die GWW ist nicht nur der wirtschaftliche Erfolg, sondern die Qualität der Betreuungs- und Förderleistungen und die Zufriedenheit der betreuten Personen.

Ausreichende Jahresüberschüsse und genügend verfügbare Liquidität sind zwar nicht das Ziel des unternehmerischen Handelns der GWW, jedoch unabdingbare Voraussetzungen zur nachhaltigen Erfüllung der gemeinnützigen Aufgaben und zur Zukunftssicherung des Unternehmens.

2.1. Betreuung

Im Betreuungsbereich hat die Belegung um rund 1,5 % zugenommen. (2009 1.625 durchschnittlich belegte Plätze, 2008 1.600 durchschnittlich belegte Plätze).

Die Entwicklung zeigt eine weiter zunehmende, regional unterschiedliche Belegungszahl im Arbeitsbereich der Werkstätten, die sich auch unter Beachtung der derzeitigen Belegung des Berufsbildungsbereichs weiter fortsetzen wird. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation konnten zwei Werkstattbeschäftigte auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermittelt werden – allerdings waren auch zwei Rückkehrer aus einem Beschäftigungsverhältnis bei dem Integrationsprojekt FEMOS zu verzeichnen, die aufgrund der persönlichen Entwicklung den Anforderungen dort nicht mehr gewachsen waren.

Während beim Wohnen die Belegungszahl im stationären Bereich stagniert, ist eine deutliche Zunahme im Bereich Ambulant Betreutes Wohnen (ABW) zu verzeichnen. Hier wäre allerdings bei einer günstigeren Gestaltung der förderpolitischen Rahmenbedingungen eine deutlich positivere Entwicklung zu erwarten gewesen.

Seitens der Leistungsträger wird landesweit versucht, Qualität und Umfang der ambulant erbrachten Leistungen im Sinne des Verbraucherschutzes zu erfassen und zu überprüfen.

Dieser im Sinne der betreuten Personen gut gemeinte Ansatz wird allerdings dadurch problematisch, dass die vorgesehenen Dokumentationspflichten in einigen Bereichen ohne erkennbare Situationsverbesserung bis zu 50% der verfügbaren Betreuungszeit in Anspruch nehmen. Die GWW hat gemeinsam mit weiteren Trägern unter wissenschaftlicher Begleitung ein Konzept erarbeitet, wie die erforderliche Dokumentation so gestaltet werden kann, dass diese mit einem vernünftigen Zeitaufwand zu leisten ist und das Augenmerk auf die inhaltliche Qualität der Leistungen gelegt wird. Wir hoffen, dass in weiteren Gesprächen eine ökonomisch vertretbare und sachdienliche Lösung zur Dokumentation im Bereich Ambulant Betreutes Wohnen gefunden werden kann.

Nach wie vor stellt es sich als schwierig dar, für Personen mit hohem Hilfebedarf eine ambulante Wohnform zu organisieren, da hier die üblichen Sätze und Betreuungsumfänge nicht den individuellen Hilfebedarf abbilden. Wir werden weiterhin darauf drängen, dass auch für diesen Personenkreis, soweit gewünscht, diese ambulanten Formen nicht verschlossen bleiben.

Um für die Nutzer und deren Angehörige den Bereich Ambulant Betreutes Wohnen akzeptabel zu machen, werden neue Konzepte in Form von Wohngemeinschaften erprobt, die in ambulanter Form doch eine bessere soziale Absicherung gewährleisten, als ein betreutes Einzel- oder Paarwohnen.

Ein spürbarer Rückgang in der Belegung ist im Berufsbildungsbereich zu verzeichnen. Dies hat seine Ursache zum einen in den rückläufigen Schülerzahlen des Jahrgangs, aber auch in dem zunehmenden Angebot alternativer beruflicher Qualifizierungs- und Teilhabemöglichkeiten.

Entsprechend dem Selbstverständnis der GWW und der satzungsmäßigen Aufgabenstellung verstehen wir uns nicht ausschließlich als Anbieter von Werkstattplätzen und Plätzen im Berufsbildungsbereich, sondern auch als Anbieter weiterer beruflicher Qualifizierungsmöglichkeiten und Teilhabe.

Bedauerlicherweise konnte das Projekt „Kooperative berufliche Bildung und Vorbereitung (KoBV)“ für den Landkreis Böblingen nicht realisiert werden. Seitens der GWW waren sowohl die Bereitschaft als auch die Voraussetzungen gegeben, allerdings betrachtete die Agentur für Arbeit die Vorstufe der schulischen Vorbereitung als noch nicht angemessen entwickelt.

Als weitere Möglichkeit zur Teilhabe am Arbeitsleben wurde die Unterstützte Beschäftigung rechtlich geregelt – bedauerlicherweise nicht in der Form, wie es seitens der Fachverbände und Träger für fachlich geboten erscheint. Insbesondere die zeitliche Befristung der Unterstützungsleistungen entspricht nicht der Lebensrealität der betroffenen Personen.

Dennoch sehen wir diese Möglichkeit als Bereicherung der Teilhabemöglichkeit, auch verbunden mit der Hoffnung, dass über die Praxiserfahrungen entsprechende rechtliche Weiterentwicklungen verfolgt werden.

Die GWW hat sich daher in Kooperation mit dem Integrationsfachdienst für die Umsetzung in den Landkreisen Freudenstadt und Calw beworben und den Zuschlag erhalten, sodass in dieser Region das entsprechende Leistungsangebot vorgehalten werden kann.

Auch auf die vorgesehene Ausschreibung „unterstützte Beschäftigung für den Landkreis Böblingen“ durch die Agentur für Arbeit wird sich die GWW bewerben, in der Hoffnung, auch hier dieses für einige Personen durchaus interessante Leistungsangebot vorhalten zu können.

Erfreulich ist, dass das in der GWW entwickelte Qualifizierungsangebot „Alltagsbetreuer“ zwischenzeitlich als Ausbildungsgang anerkannt ist; mit dem erfolgreichen Abschluss ist auch die Anerkennung als Hauptschulabschluss verbunden. Dieser Ausbildungsgang wurde von der Gesundheitsministerin Baden-Württemberg, Frau Dr. Stolz, ausdrücklich als zukunftsweisend anerkannt.

Zentrale Bedeutung hat die individuelle Begleitplanung. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Unterstützungs- und Förderleistungen bedarfsgerecht und effizient erbracht werden können.

Um passgenaue Platzierungen zu erreichen, ist es notwendig, die Vorstellungen und Wünsche der Betroffenen und deren Zufriedenheit mit der jeweiligen Situation systematisch zu erfassen und zu bewerten. Die hierfür erforderlichen Erhebungsmethoden und Auswertungen sind installiert. Die Ergebnisse lassen erkennen, dass ein hohes Maß an Zufriedenheit erreicht werden konnte.

Die ab 2008 rechtlich verpflichtend gegebene Möglichkeit zur Beanspruchung eines persönlichen Budgets wird nach wie vor zögerlich, wenn auch mit zunehmender Tendenz von den Leistungsberechtigten angenommen. Dies bezieht sich hauptsächlich auf den Bereich des bisher Ambulant Betreuten Wohnens (ABW). Trotz anders lautender Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) sind die Rechtsfragen bezüglich eines persönlichen Budgets für eine Aufnahme in die Werkstatt nach wie vor nicht geklärt. Insofern hat das persönliche Budget im Bereich der Werkstätten noch keine Wirkung.

Positive Entwicklungen konnten wir bei der Gewinnung zusätzlicher ehrenamtlicher Kräfte erreichen, die dazu beitragen, die Integration einzelner betreuter Personen im kommunalen Umfeld besser voranzubringen.

2.2 Fertigung

Auch noch so intensives Nachdenken über mögliche Entwicklungen und Einflussgrößen und noch so sorgfältige Planung bewahrt nicht davor, von Ereignissen und Einflüssen wie in diesem Jahr von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise massiv beeinflusst zu werden.

Trotz der bereits im letzten Quartal 2008 erkennbaren Auftragseinbrüche waren wir für 2009 von einem noch ausgeglichenen Jahresergebnis ausgegangen. Dass nicht nur im Automobilbereich, sondern auch bei Kunden aus anderen Branchen Auftragseinbrüche mit zum Teil über 50% verkraftet werden mussten, war so nicht erwartet worden. Diese Auftragseinbrüche hatten nicht nur Auswirkungen auf das Ergebnis und die Liquidität, sondern auch konkret auf die Arbeitssituation der Werkstattbeschäftigten. Um dennoch eine sinnvolle Tagesstruktur zu ermöglichen, wurden verstärkt Fortbildungsmaßnahmen und Projektarbeiten angeboten und durchgeführt. Auch konnten teilweise Aufgaben, die bisher von Produktionskräften durchgeführt wurden, auf die Werkstattbeschäftigten übertragen werden.

Erschwerend kam hinzu, dass die bisherige Kooperation im Bereich der Festzeltgarnituren und Klappmöbel aufgrund unterschiedlicher Ziele und sich anbahnender wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Kooperationspartners, die letztlich in dessen Insolvenz mündeten, beendet werden musste. Hier waren kurzfristig eigene Vertriebsstrukturen aufzubauen; zwischenzeitlich ist die GWW als Direktanbieter in diesem Markt zunehmend tätig, weshalb wir für die Saison 2010 zufriedenstellende Absatzzahlen erwarten.

Trotz der massiven Auftragseinbrüche haben sich die Beziehungen zwischen GWW und Auftraggebern als tragfähig und belastbar erwiesen. So konnten, sowohl im Automobilbereich als auch bei anderen Kunden, zusätzliche Auftragsumfänge realisiert werden, was auf die guten Kunden-Lieferantenbeziehungen, aber auch auf den Einsatz neuer

Technologien (1-K-Technologie, Klebetechnik) und die Logistikkompetenz mit just-in-sequence- und just-in-time-Belieferung zurückzuführen ist.

Auch wenn ab dem 3. Quartal 2009 eine langsame, aber stetige Verbesserung der Auftragsauslastung zu registrieren war, erscheint es doch für die Zukunft notwendig, weitere Geschäftsfelder, auch in neuen Branchen, zu akquirieren, um die Risiken der Beschäftigungsauslastung weiter zu reduzieren.

Ab Januar 2010 wird daher ein weiterer Vertriebsmitarbeiter die Marktbearbeitung im Industriekundenbereich außerhalb des Automotive-Bereiches übernehmen. Um eine geschäftsfeldspezifische Vertriebssteuerung zu ermöglichen, wurde das Reportingsystem entsprechend weiterentwickelt und angepasst.

Die Werkstätten für behinderte Menschen haben ja den rechtlichen und auch konzeptuellen Ansatz, „Menschen mit Behinderung auch in konjunkturell schwierigen Zeiten zu beschäftigen und damit auch soziale Sicherheit und dauerhafte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen“.

Da die Werkstätten eine rechtliche Aufnahmeverpflichtung für anspruchsberechtigte behinderte Menschen haben, stehen sie vor der doppelten Herausforderung, die bestehenden Beschäftigungsumfänge zu sichern und zusätzlich für neu aufzunehmende Beschäftigte entsprechende Umfänge zusätzlich zu akquirieren.

Da wir in der GWW das – verglichen mit anderen Werkstätten – hohe Lohnniveau der behinderten Beschäftigten nicht, wie es rechtlich vorgesehen ist, von der Ertragssituation abhängig machen wollen, ist eine entsprechende Ertragskraft unumgänglich. Es wird im Jahr 2010 erheblicher Anstrengungen bedürfen, die notwendige Auslastung zu vertretbaren Ertragsbedingungen zu erreichen.

B. Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

	GWW		Abweichung	
	2009 T€	2008 T€	absolut T€	%
Anlagevermögen	37.633	39.746	- 2.113	- 5,3
Umlaufvermögen	12.493	12.827	- 334	- 2,6
Summe Aktiva	50.126	52.573	- 2.447	- 4,7
Eigenkapital inkl. Sonderposten	40.364	41.976	- 1.612	- 3,8
Langfristige Verbindlichkeiten	3.907	4.789	- 882	- 18,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	5.855	5.808	+ 47	+ 0,8
Summe Passiva	50.126	52.573	- 2.447	- 4,7

Das Anlagevermögen nahm durch die Abschreibungen ab, die Investitionen lagen erheblich unter den Abschreibungen (ohne Einbezug der Sonderposten aus Zuschüssen).

Im Bereich der Maschinen und Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde in neue Projekte mit den Unternehmen Daimler AG (Heckscheibe 212, Tankpumpendeckel), Seuffer und Happich investiert. Die Investitionen zum Substanzerhalt und zur Anpassung konnten im notwendigen Umfang durchgeführt werden.

Die Reduzierung des Umlaufvermögens ergibt sich durch den Abbau der Vorräte, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen blieben weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres. Die liquiden Mittel nahmen im Verhältnis leicht zu.

Das Eigenkapital incl. Sonderposten hat sich durch die Auflösung der Sonderposten aus Zuschüssen aufgrund des Jahresfehlbetrags vermindert. Die langfristige Passiva reduzierte sich gemäß den geleisteten Darlehenstilgungen und insbesondere durch die Verminderung der Rückstellungen (Altersteilzeit). Die sonstigen kurzfristigen Passiva sind gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben.

2. Finanzielle Lage

	2009	2008
	T€	T€
Anlagendeckung	117,6	117,7
Eigenkapitalquote II	80,5	79,8
Liquidität II	138,0	133,5
Personalaufwandsquote in %	39,4	31,3

Das Anlagevermögen ist durch das Eigen- und langfristige Fremdkapital vollständig gedeckt. Da das Anlagevermögen betragsmäßig etwas stärker zurückgegangen ist als das Eigenkapital, ist die Eigenkapitalquote geringfügig gestiegen. Die Liquidität II hat sich leicht verbessert, da die liquiden Mittel sich erhöht haben und die kurzfristigen Forderungen und die kurzfristigen Verbindlichkeiten sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert haben. Der Anteil des Personalaufwands an den betrieblichen Erträgen hat sich durch die deutliche Reduzierung der Wertschöpfung erhöht, obwohl der Personalaufwand auch reduziert wurde.

Cash flow

	2009	2008
	TEUR	TEUR
1. Periodenergebnis	- 885	+ 129
2. Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 3.894	+ 3.744
3. Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	- 672	- 576
4. Auflösung von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	- 736	- 729
5. Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 48	+ 121
6. Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+ 525	+ 2.538

7. Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-	39	-	2.567
8. Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	+	2.135	+	2.660
9. Abgänge von Gegenständen des Sachanlagevermögens	+	48	+	68
10. Investitionen in das Sachanlagevermögen	-	1.889	-	3.413
11. Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-	19	-	44
12. Abgänge von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	+	31	+	280
13. Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-	1.829	-	3.109
14. Zuschüsse für Investitionen in das Anlagevermögen	+	99	+	264
15. Einzahlungen aus der Aufnahme von Darlehen	+	111		0
16. Tilgungen von Finanzkrediten und Anleihen	-	235	-	231
17. Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-	25	+	33
18. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+	281	-	416
19. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+	2.953	+	3.369
20. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	+	3.234	+	2.953

3. Ertragslage

	2009 T€	2008 T€	Abw. T€	%
Betriebliche Erträge	58.901	79.273	-20.372	-25,7
Materialaufwand	19.908	37.154	-17.246	-46,4
Personalaufwand	27.435	29.573	-2.138	-7,2
Sonstige betriebliche Aufwand	13.044	12.951	-93	-0,7
Finanzergebnis/Periodenfremdes Ergebnis	601	534	+67	+12,5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-885	129	-1.014	

Bei den betrieblichen Erträgen sind die Auswirkungen der Krise in der Automobilindustrie deutlich sichtbar, trotz der leichten Zunahme bei den Leistungsentgelten im Betreuungsbereich nahmen die betrieblichen Umsatzerlöse durch den Auftragseinbruch drastisch ab. Der Personalaufwand konnte trotz der Tariferhöhungen durch die Anpassungsmaßnahmen deutlich reduziert werden. Beim sonstigen betrieblichen Aufwand waren die meisten Aufwandsarten rückläufig, zugenommen haben vor allem Mieten und die Instandhaltungen, bedingt durch Rückstellungen für notwendige Maßnahmen wie Dach- und Betonsanierungen im nächsten Jahr.

Das Jahresergebnis spiegelt die schwierige Situation aufgrund der andauernden Wirtschaftskrise im Geschäftsjahr wider.

4. Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen verfügt über ausreichend PersonalmitarbeiterInnen, die auch unter Beachtung der Werkstättenverordnung und der Heimverordnung über die geforderte Qualifikation verfügen.

Per 31.12.2009 waren bei der GWW 631 (Vorjahr 685) Personalmitarbeiter beschäftigt oder in Ausbildung.

Aufgrund der massiven Auftragseinbrüche wurden befristete Arbeitsverhältnisse mit Produktionshilfskräften, die zur Kapazitätsabsicherung beschäftigt waren, nicht verlängert. Auch musste für einen Teil des technischen Personals vorübergehend Kurzarbeit angeordnet werden. Durch diese Maßnahmen konnten weitere und einschneidendere Maßnahmen vermieden werden.

Für den Fall einer weiteren Zuspitzung wurden mit ver.di die Voraussetzungen für den Abschluss eines Notlagentarifvertrages erörtert. Eine hierfür erforderliche externe Untersuchung und Beratung hat allerdings erwartungsgemäß zu dem Ergebnis geführt, dass eine akute Gefährdung der GWW nicht gegeben und somit zum aktuellen Zeitpunkt der Abschluss eines Notlagentarifes nicht erforderlich ist.

Entsprechend dem Leitbild der GWW und der geltenden Lohnvereinbarung mit dem Werkstattrat wurden auch die Löhne der Werkstattbeschäftigten in voller Höhe beibehalten. Lediglich die Sonderzahlung „Freizeitbeihilfe“ wurde im Einvernehmen mit dem Werkstattrat ausgesetzt. Diese wird bei einer entsprechenden wirtschaftlichen Erholung nachgeholt. Eine Kürzung der Löhne der Werkstattbeschäftigten wäre ohnehin für die GWW nur bei einem vergleichbaren Lohn- und Gehaltsverzicht im Personalbereich in Frage gekommen. Die Lohnhöhe konnte trotz der erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten beibehalten werden, obwohl dies zu einem spürbaren negativen Jahresergebnis beigetragen hat, und dies trotz der Auflösung eines wesentlichen Teils der Rückstellung für die Beibehaltung der vereinbarten Lohnhöhe. Es bestand Einigkeit, auch mit den Gesellschaftern, dass ein solcher Verlust, wenn er, wie zu erwarten, nur vorübergehend eintritt, eine Lohnkürzung nicht rechtfertigt.

Die GWW ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes (ZVK). Für Altersteilzeit ist eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die auch bei den Rückstellungen berücksichtigt wurde.

Mit der Gewerkschaft ver.di ist ein Haustarif abgeschlossen. Die Abschlüsse im öffentlichen Dienst wurden systemgleich wie beim TVÖD im Haustarif abgeschlossen.

Besonderer Wert wird neben der laufenden Qualifizierung des Personals auf die Fortbildung der Menschen mit einer Behinderung gelegt. Die Fortbildungsplanung und die Durchführung beruflicher Qualifizierungsmaßnahmen haben einen guten Standard erreicht.

5. Qualitätsmanagement

Nach wie vor ist die Grundvoraussetzung der Marktpositionierung die Zertifizierung auf der Grundlage von DIN EN ISO 9001:2008 und VDA 6.1:2003. Damit und mit den internen Überwachungs-Audits und KVP-Maßnahmen werden im hohen Maße die Qualitätserwartungen der Kunden erfüllt oder gar übertroffen. Nicht auszuschließende Restrisiken, wie Produkthaftung oder Betriebsunterbrechung, sind durch entsprechende Versicherungsumfänge abgedeckt.

Das für Anfang 2010 vorgesehene Zertifizierungsaudit wird erstmals auch die MAAS-Aspekte (Arbeitsschutz, Gesunderhaltung) beinhalten, die sicher auch danach noch einer weiteren Entwicklung und Vertiefung bedürfen.

Im Betreuungsbereich werden Auditierungen durch Kollegen aus dem Main-Kinzig-Behindertenwerk durchgeführt.

Durch die Anwendung des GBM-Verfahrens nach Prof. Haisch ist ein zufriedenstellender Standard im Bereich der Begleitplanung etabliert. Durch entsprechende Controllingmaßnahmen wird die Umsetzung der Begleitplanungsaktivitäten abgesichert.

Auch im Jahr 2009 wurde in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsfachkräften und dem TÜV Südwest Sicherheitsbegehungen in den Werkstätten und Wohnstätten sowie Sitzungen mit den regionalen Sicherheitsausschüssen abgehalten.

Auf der Grundlage der von der Gesellschafterversammlung verabschiedeten Leitsätze und Strategien werden jährlich Ziele zwischen Geschäftsführung und Bereichsleitungen vereinbart. Darauf aufbauend wird ein Kennzahlensystem zur Umsetzung der strategischen Ziele erstellt, das neben den traditionellen Controllinginstrumenten eine effektive Steuerung der Einrichtung gewährleistet.

Zur Absicherung ordnungsgemäßer Verwaltung werden regelmäßige interne Revisionen durchgeführt. Die Prüfungsobjekte werden in einem Revisionsplan festgelegt, der von der Geschäftsführung freigegeben wird.

Die Prüfungsergebnisse werden in Revisionsberichten dokumentiert, die den Beteiligten und der Geschäftsführung vorliegen. Festgestellte Abweichungen werden mit den Beteiligten geklärt und die dabei vereinbarten Korrekturmaßnahmen überwacht.

6. Umweltschutz

Für den Bereich des Elektronik-Recycling ist die GWW an den Standorten Magstadt und Böblingen als Entsorgungsfachbetrieb gemäß § 52 KrW-/AbfG anerkannt.

Besonderer Wert wird auf die Verwendung von umweltunschädlichen Stoffen und die Abfallvermeidung gelegt.

C. Hinweise auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Struktur

Die Gremienstruktur hat das Ziel, bei klaren Zuständigkeits- und Verantwortungsabgrenzungen kurze Entscheidungswege zu erreichen und eine intensive Abstimmung, insbesondere bei Planungs- und Gestaltungsfragen von Hilfeangeboten mit den behinderten Menschen, ihren Angehörigen und den Interessen vertretenden Vereinen, abzusichern.

Ein Planungs- und Konzeptionsbeirat, dem Fachleute aus Industrie und Wirtschaftsprüfung ebenso angehören, wie Vertreter der Leistungsträger und der Werkstatt- und Heimbeiräte, setzt sich mit grundsätzlichen Fragen und Planungen auseinander und gibt entsprechende Empfehlungen gegenüber Geschäftsführung und Gesellschafterversammlung ab.

Regionale Beiräte wurden in den Regionen Sindelfingen, Herrenberg, Calw und Nagold gebildet. Diesen gehören die VertreterInnen der örtlichen Lebenshilfevereinigungen und die VertreterInnen der regional zuständigen Werkstattträte und Heimbeiräte an.

Ziel ist die enge Abstimmung mit den betroffenen Personen und ihren Angehörigen in Bezug auf die Gestaltung und Entwicklung der örtlichen Betreuungs- und Hilfeangebote, die nicht nach Träger- oder verbandsspezifischen Konzeptionen ausgerichtet werden sollen, sondern soweit möglich, den Erwartungen und Bedürfnissen der jeweiligen Nutzer entsprechen müssen.

Um mögliche Risiken im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich möglichst gering zu halten, wurde aus dem Leitbild eine Strategie abgeleitet, die für alle handlungsführend ist.

Die geänderten politischen Rahmenbedingungen, die Erwartungen behinderter Menschen an mehr Selbstbestimmtheit und integrierter Teilnahme und die sich verschärfenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machen es erforderlich, dass die GWW ihre strategische Ausrichtung immer wieder überprüft und definiert.

Die Verfolgung der strategischen Ziele

- ambulant vor stationär
- personenzentriert statt einrichtungsorientiert
- Netzwerkansatz und Gemeindeintegration

werden stringent weiterverfolgt.

Ein zentrales Thema der Geschäftspolitik war außer der Krisenbewältigung und der Angebotsentwicklung auch die Definition der für die Zukunftssicherung des Unternehmens erforderlichen Maßnahmen. Dazu wurde bereits im Vorjahr die Geschäftsführernachfolge verbindlich geregelt. Die damit verbundenen Organisationsanpassungen wurden und werden sukzessive umgesetzt.

Auf Grundlage der Erfahrungen der wirtschaftlichen Turbulenzen in 2009 wurde die Weiterentwicklung der bestehenden Planungssystematik begonnen, und sie wird als Schwerpunktziel für 2010 weiter verfolgt. Während sich die längerfristige Planung auf konzeptionelle und inhaltliche Ansätze, abgeleitet aus dem Leitbild, bezieht, bildet die Jahresplanung mit der entsprechenden Berichterstattung und Fortschreibung die Entwicklung der operativen Gegebenheiten ab.

Als sinnvolle Ergänzung, insbesondere auch zur Früherkennung möglicher kritischer Entwicklungen, soll zusätzlich eine mittelfristige Planung implementiert werden, die die Bewertung strategischer Entscheidungen und deren Auswirkungen sowie die von möglichen Einflussgrößen ermöglicht. Hierzu ist auch der verstärkte Einsatz von Szenarientechnik zur Abbildung unterschiedlicher Alternativen vorgesehen.

In Fachtagungen, Leitungsklausuren und intensivem Dialog mit Personal und Betriebsrat wird versucht die Belegschaft in die Entwicklungsprozesse und die Notwendigkeiten mit einzubeziehen.

Nach wie vor ist ein großer Teil der Leitungsverantwortlichen in Verbandsstrukturen auf Regions-, Landes- und Bundesebene involviert, um auch hier auf eine günstige Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Arbeit der GWW Einfluss zu nehmen.

2. Fertigung

Ein großes Risiko für das Geschäftsjahr 2010 besteht darin, die Kapazität in Zeiten der Wirtschaftskrise mit genügend wirtschaftlich sinnvollen Aufträgen auszulasten. Möglichkeiten der Anpassung und neue Aufträge wurden analysiert und teilweise bereits realisiert, sodass für 2010 mit einem vertretbaren positiven Ergebnis gerechnet werden kann.

Problematisch sind auch in diesem Bereich kurzfristige Änderungen der vereinbarten Umfänge, die nicht immer zeitnah in den Kapazitätsstrukturen angepasst werden können.

Es ist daher nach wie vor eine zwingende strategische Notwendigkeit, den Bereich Eigenprodukte weiter auszubauen. Mit dem Aufbau der Produktion von Festzeltgarnituren in Herrenberg und Holzgerlingen, wurde hier ein Schritt in die richtige Richtung getan, allerdings hat die Entwicklung nicht den Erwartungen entsprochen. Der Kooperationsvertrag mit RUKU wurde gekündigt, der Vertrieb wurde neu ausgerichtet und von der GWW übernommen. Es ist daher ein primäres Ziel für 2010, die vorhandenen Kapazitäten mit zusätzlichen Umfängen auszulasten und weitere Eigenprodukte oder Fertigprodukte für Handelsbetriebe zu entwickeln bzw. in das Sortiment aufzunehmen.

Wenn bei einer weiteren Zunahme der Belegungszahlen der Werkstätten eine ausreichende Kapazitätsauslastung bei zufriedenstellenden Erträgen erreicht werden soll, müssen dafür intensive Akquisitionsaktivitäten durchgeführt werden.

Hierfür wurden 2009 zusätzliche Stellen im Bereich Vertrieb geschaffen, die in 2009 bzw. 2010 besetzt wurden.

Eine nicht unerhebliche wirtschaftliche Abhängigkeit von den Hauptauftraggebern ist sicherlich vorhanden; dieses Risiko ist ab dem Jahr 2008 eingetreten. Durch verstärkte Strategieabsprachen mit den Hauptauftraggebern soll die längerfristige gute Beschäftigung wieder erreicht werden.

Unsere Kunden können von der GWW folgende Leistungen erwarten:

- Übernahme komplexer Leistungsumfänge einschließlich Disposition, Lagerhaltung und Qualitätssicherung bis hin zum Systemlieferanten
- Standortnähe und flexible Reaktionsmöglichkeiten
- Online-Kommunikation, just-in-time/just in sequence-Fertigung (soweit erforderlich)
- Anrechnung von Teilumfängen auf die Ausgleichsabgabe nach § 140 SGB IX, die für die Auftraggeber nicht unerhebliche Vorteile bieten und dazu beitragen, Geschäftsbeziehungen langfristig abzusichern.

Um weiterhin den Anforderungen der wichtigsten Auftraggeber entsprechen zu können, wurden in einem Projekt die erforderlichen Bedingungen für die zukünftigen logistischen Anforderungen wie just-in-sequence (JIS) und just-in-time (JIT) untersucht und definiert. Im Folgejahr ist geplant, einen entsprechenden Produktionsstandort für diese Geschäftsumfänge neu auszubauen und ggf. andere Standorte zu schließen bzw. zu reduzieren.

Dem Haftungsrisiko aus der Fertigung von Teilen, insbesondere für die Automobilindustrie, wurde durch Abschluss einer Produkthaftpflicht- und Kfz-Rückrufkostenversicherung Rechnung getragen.

3. Betreuung und Förderung

Nach wie vor ist es zentrales Anliegen der GWW, Betreuungssituationen zu schaffen und zu organisieren, die den Vorstellungen und Möglichkeiten der jeweiligen Personen entsprechen. Dazu ist es erforderlich, dass regional ausreichend differenzierte und qualifizierte Betreuungsangebote verfügbar sind. Insofern wird sich die GWW in den Bereichen ambulante Wohnformen, unterstützte Beschäftigung, Integrationsfirma, ausgelagerte Einzel- und Gruppenarbeitsplätze auch weiterhin engagieren. Trotz dieser Zielsetzung sind die Betreuungsangebote im stationären Wohnen und der Werkstatt auch weiterhin notwendig.

Es scheint nach wie vor (zumindest offiziell) Konsens zwischen Politik, Fachwelt und Betroffenen zu bestehen, dass behinderte Menschen nicht nur Anspruch auf angemessene Betreuungs- und Versorgungsleistungen haben, sondern insbesondere darauf, soweit möglich ihre eigene Lebenssituation selbst zu gestalten und zu beeinflussen.

Diesen Anspruch versuchen wir in der GWW durch weitgehende Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte behinderter Menschen in ihren Gremien, durch differenzierte und durchlässige Angebote und durch eine mit den Betroffenen abgestimmte individuelle Begleit- und Förderplanung einzulösen.

Mit Sorge sehen wir allerdings die seit Jahren zunehmende Diskussion über die erforderliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, die beispielsweise von Seiten der Sozialministerkonferenz und der Bundesarbeitsgemeinschaft "Überörtliche Sozialhilfe-

träger" überwiegend unter fiskalischen Aspekten geführt wird. Dabei wird übersehen, dass Kostenreduzierungen, wenn sie nicht zu Lasten der Qualität und der Ansprüche behinderter Menschen gehen sollen, die Folgen guter Konzepte sind und lediglich Kürzungen im bestehenden System nicht nachhaltig wirken werden.

Da die Auswirkungen der massiven Wirtschaftseinbrüche auf die öffentlichen Haushalte zeitversetzt in den Jahren 2010 und 2011 spürbar sein werden, ist hier mit einer weiteren Verschärfung der Diskussion zu rechnen.

Ein Risiko, sowohl für die Entwicklung der GWW als auch für die Leistungsempfänger, ist in der Vorstellung einzelner Vertreter der Leistungsträger, durch Wettbewerb zu Kostenreduzierungen zu kommen.

Die GWW wird sich daher weiterhin auf der verbandspolitischen Ebene für ein Bundesleistungsrecht einsetzen, da es sich bei der notwendigen Unterstützung und Eingliederung behinderter Menschen in unsere Gesellschaft um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die auch nicht dem Nachrangsprinzip der Eingliederungshilfe unterliegen darf.

Mit einem solchen Bundesleistungsrecht wäre auch die immer wieder geforderte, aber trotz aller Gesetzesänderungen nicht erreichte Einheitlichkeit der Zuständigkeit gegeben, was es behinderten Menschen deutlich erleichtern würde, ihre Ansprüche zeitnah und vollständig erfüllt zu bekommen.

Die UN-Konvention zu den Rechten behinderter Menschen wurde von der Fachwelt, von den Angehörigenverbänden und auch von der Politik teilweise euphorisch begrüßt, allerdings lässt sich derzeit nicht erkennen, welche konkreten Wirkungen davon ausgehen werden.

Ausgangspunkt und Maßstab für gelingende Teilhabe und persönliche Lebensgestaltung kann immer nur die betroffene Person selbst sein. Daher ist es erforderlich, die Möglichkeit zur Gestaltung passgenauer personenbezogener Situationen zu verbessern und die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Hilfesystemen zu ermöglichen.

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass mittelfristig der Anteil behinderter Menschen, die eine ambulante Betreuung im eigenen Wohnbereich einer stationären Unterbringung vorziehen, zunehmen wird. Es besteht allerdings Konsens dahingehend, dies der Entscheidung der Betroffenen zu überlassen. Auch wirken die derzeitigen Fixbeträge im ambulanten Wohnen selektierend, da sie nicht in jedem Fall den erforderlichen Hilfebedarf abdecken und nicht alle behinderten Menschen das Procedere Persönliches Budget wählen (wollen).

Im Berichtsjahr ist es weiterhin gelungen, allen Personen einen Werkstatt- oder Wohnplatz in der GWW anzubieten, für die seitens der Leistungsträger der Hilfebedarf anerkannt und die Kosten übernommen wurden. Allerdings mussten hierzu teilweise zusätzliche Flächen über die im Rahmen der investiven Förderung genehmigten hinaus, angemietet werden. Die GWW hat diese Flächen aus dem Investitionsanteil der Leistungsentgelte oder, soweit es sich um zusätzliche Produktionsflächen handelt, über die Preiskalkulation finanziert.

Um den gesetzlichen Auftrag angemessen zu erfüllen und das Wirtschaftsergebnis absichern zu können, ist es erforderlich, zusätzliches Personal und weitere Sachmittel einzusetzen. Die Aufwendungen hierfür stellen somit, betriebswirtschaftlich betrachtet, einen erforderlichen Aufwand zur Erreichung der Betriebsergebnisse dar, diese Auffassung ist allerdings rechtlich unter Zugrundelegung der Vorschriften des § 41 Abs. 3 und 4 SGB IX und der entsprechenden Regelungen in § 12 der Werkstättenverordnung nicht unumstritten. Insofern besteht hier ein Rechtsrisiko, das ohne entsprechende Gesetzesänderung nicht aufgelöst werden kann.

Für den zunehmenden Platzbedarf für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen für die Teilwerkstatt Calw ist ein neuer Standort erforderlich. Auch hier wurde ein entsprechender Gesellschafterbeschluss gefasst. Bis zum Frühjahr 2010 soll eine entsprechende Standortentscheidung getroffen sein.

Weiter wurde beschlossen, den Förder- und Betreuungsbereich in Calw bedarfsgerecht zu erweitern. Die Fördervoraussetzungen sind erfüllt, sodass mit dem Baubeginn im Sommer 2010 gerechnet wird.

Die von der GWW erbrachten Leistungen, insbesondere im Bereich der beruflichen Förderung und Qualifizierung, der persönlichkeitsfördernden Angebote und der tagesstrukturierenden Maßnahmen, sind in den derzeit vereinbarten Leistungsentgelten nicht voll abgedeckt und können nur wirtschaftlich abgesichert werden, wenn die Wirtschaftlichkeit der Werkstätten gewährleistet ist. Ein Risiko für die Zukunft besteht hier in der nach wie vor vorhandenen bzw. zunehmenden Tendenz des Gesetzgebers und Leistungsträgers, in das Werkstattgeschehen direkt und regulierend einzugreifen und damit den erforderlichen Handlungsspielraum zu beschneiden.

Die Lohnsumme für die Werkstattbeschäftigten und die Durchschnittslöhne sollen noch auf dem für Deutschland weit überdurchschnittlichen Niveau gehalten werden, obwohl die Wirtschaftskrise beim Arbeitsergebnis deutliche Spuren weiter hinterlassen wird.

Entsprechend dem Anspruch der Gleichwertigkeit aller in der GWW Beschäftigten wird das Risiko fest vereinbarter Lohnzahlungen für die Werkstattbeschäftigten gegenüber ergebnisabhängiger Lohnhöhe bewusst in Kauf genommen, da die ergebnisrelevanten Einflussgrößen von den Werkstattbeschäftigten kaum beeinflusst werden können und somit eine Risikoverlagerung auf diesen Personenkreis, auch hinsichtlich der tariflichen Absicherung des Personals, nicht zu rechtfertigen wäre.

Dieses Risiko wurde bei der Bewertung der Rückstellungen berücksichtigt.

4. Personal und Organisation

Die berufliche Fort- und Weiterbildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftssicherung und mindert das Risiko, auf sich ändernde Anforderungen von Kundenseite nicht adäquat reagieren zu können.

Eine erhebliche Herausforderung an die Organisationsentwicklung und die Entwicklung des Qualitätsmanagementsystems stellen die Projekte ECOfit (ökonomischer Energieeinsatz und -verwendung) des Landkreises Böblingen und insbesondere die Implementierung der Managementanforderungen zum Arbeitsschutz der BGW (MAAS-BGW) in

das Qualitätsmanagementsystem ISO 9001-2008 dar. Hierzu war und ist es erforderlich, die relevanten Aspekte des Arbeitsschutzes in allen Prozessen und Dokumenten des Qualitätsmanagementsystems zu verankern und sie in die Praxis umzusetzen.

Um auch zukünftig die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens abzusichern, ist eine weitere konsequente Verbesserung des Prozessmanagements erforderlich.

5. Recht

Ein Risiko stellt die fortlaufende Diskussion zur Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechts auf der politischen Ebene dar. Ein Wegfall der Gemeinnützigkeit und der damit verbundenen Steuerprivilegien wäre mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden. Diese Steuerprivilegien waren und sind politisch gewollt - zur Teilkompensation der Nachteile am Markt durch Beschäftigung leistungsgeminderter Menschen. Wir werden uns daher, auch zusammen mit unseren Verbänden, dafür einsetzen, den jetzigen Status zu erhalten oder ggf. eine entsprechende Kompensation einfordern.

D. Weitere Entwicklung / Prognosebericht

Die GWW hat sich auch 2009 durch intensive Personalfortbildung, durch Organisationsentwicklung und insbesondere durch das konsequente Einbeziehen aller Begleit- und Betreuungsprozesse in das Qualitätsmanagementsystem - und damit in die Überprüfung durch interne und externe Audits - auf die zukünftigen Entwicklungen vorbereitet. Wir hoffen, dass durch die Entwicklung der politischen Rahmenbedingungen die Planungssicherheit steigt und der notwendige Gestaltungsspielraum geschaffen wird. Alle Akteure im Einzugsgebiet der GWW, den Landkreisen Böblingen und Calw sowohl seitens der Kommunalpolitik, der Leistungsträger und der Einrichtungsseite sind sich dahingehend einig, dass der grundsätzliche Bedarf an Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem individuellen Bedarfsdeckungsprinzip trotz knapper Kassen nicht in Frage gestellt werden darf.

Wenn die eingeleiteten Maßnahmen wie erwartet greifen und intensiv an der Weiterentwicklung gearbeitet wird, ist davon auszugehen, dass auch im Geschäftsjahr 2010 die erforderlichen qualifizierten Betreuungs- und Assistenzleistungen für behinderte Menschen auf einem gesunden wirtschaftlichen Fundament erbracht werden können.

Mit den getroffenen Maßnahmen, den strukturellen Anpassungen und der inhaltlichen Ausrichtung sieht die Geschäftsführung die GWW, trotz der nicht zu verkennenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Risiken, auf einem guten und zukunftsfähigen Weg.

Durch die erkennbare Erholung im Bereich der Auftragsauslastung rechnen wir wieder mit einem mindestens ausgeglichenen Ergebnis (ca. T€ 0) für 2010, für 2011 gehen wir derzeit von einem positiven Ergebnis (ca. 500 T€) aus.

E. Risiken aus Finanzinstrumenten

Risiken im Sinne d. § 289 Abs. 2 Nr.2 HGB liegen im Forderungsbereich im branchenüblichen Maße für Produktions-/Dienstleistungsunternehmen vor. Als Finanzanlagen wurden teilweise Industrieanleihen gekauft und bis zur Endfälligkeit gehalten.

F. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

6. Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof in Bad Wildbad GmbH

Allgemeine Angaben

Neurologisches Rehabilitationszentrum Quellenhof
Kuranlagenallee 2
75323 Bad Wildbad

Tel.: 07081 173-0
Fax: 07081 173-230
E-Mail: info@quellenhof.de
Homepage: www.quellenhof.de

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer neurologischen Klinik für Rehabilitation in Bad Wildbad.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.080.000 EUR. Die Geschäftsanteile sind voll einbezahlt und befinden sich im Besitz von

Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
Sana Kliniken AG, München	593.500	54,95
AMSEL-Förderkreis Ursula-Späth-Stiftung, Stuttgart	291.950	27,03
Dr. Klaus Gottwald, Stuttgart	92.700	8,58
Josef Wund, Friedrichshafen	86.400	8,00
Landkreis Calw	15.450	1,43
Summe	1.080.000	100,00

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck beinhaltet die Leistungen im Zusammenhang mit stationären medizinischen Rehabilitationsleistungen nach § 40 Abs. 2 SGB V mit Unterkunft und Verpflegung. Dieser Zweck wird durch die laufende Geschäftstätigkeit des Neurologischen Rehabilitationszentrums Quellenhof erfüllt.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs

Bilanz	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
A K T I V A			
Immaterielle Vermögensgegenstände	8.853	8.199	8.568
Sachanlagen	847.580	1.043.448	1.224.786
Anlagevermögen	856.433	1.051.647	1.233.354
Vorräte	34.600	34.600	36.180
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.473.600	1.537.932	1.284.913
Flüssige Mittel	850.569	492.730	661.002
Umlaufvermögen	2.358.770	2.065.261	1.982.095
Rechnungsabgrenzungsposten	3.438	6.817	5.032
Bilanzsumme	3.218.641	3.123.725	3.220.481
P A S S I V A			
Gezeichnetes Kapital	1.080.000	1.030.000	1.030.000
Kapitalrücklagen	3.081.000	2.056.000	700.000
Verlustvortrag	-1.500.453	-1.628.693	-1.863.184
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	72.660	128.240	234.491
Eigenkapital	2.733.207	1.585.547	101.307
Zur Durchführung einer Kapital- erhöhung geleistete Einlage	0	50.000	0
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermö- gens	21.452	25.355	38.389
Rückstellungen	314.500	313.000	361.260
Verbindlichkeiten	149.482	1.148.243	2.717.525
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.580	2.000
Bilanzsumme	3.218.641	3.123.725	3.220.481

Gewinn- und Verlustrechnung	2009 EUR	2008 EUR	2007 EUR
Erlöse aus Pflegeleistungen	7.627.043	7.201.289	7.110.993
Erlöse aus Wahlleistungen	451.552	105.615	112.137
Nutzungsentgelte der Ärzte	50.067	44.712	42.269
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	14.158	19.646	13.838
Sonstige betriebliche Erträge	861.840	1.435.198	1.482.421
Betriebliche Erträge	9.004.660	8.806.460	8.761.659
Personalaufwand	4.561.966	4.449.503	4.261.919
Materialaufwand	2.404.080	2.242.730	2.260.016
Zwischensumme	6.966.046	6.692.232	6.521.935
Zwischenergebnis	2.038.614	2.114.228	2.239.724
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aufgrund sonstiger Zuweisungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.903	13.034	14.401
Abschreibungen	229.098	236.065	208.370
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.721.676	1.687.590	1.711.566
Zwischenergebnis	91.744	203.607	334.189
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.525	14.879	22.648
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	26.264	83.257	122.000
Finanzergebnis	-18.739	-68.378	-99.352
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	73.005	135.229	234.836
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	39.000	0
Sonstige Steuern	345	-32.011	345
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag	72.660	128.240	234.491

Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

	2009	2008	2007
Anlagenintensität Anlagevermögen/Bilanzsumme*100	26,61%	33,67%	38,30%
Investitionsquote Investitionen/Anlagevermögen*100	3,96%	5,20%	51,21%
Eigenkapitalquote Eigenkapital/Bilanzsumme*100	84,92%	50,76%	3,15%
Anlagendeckung Eigenkapital/Anlagevermögen*100	319,14%	150,77%	8,21%
Bankenverschuldung Bankdarlehen/Bilanzsumme*100	0,00%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität Jahresergebnis/Umsatzerlöse*100	0,89%	1,74%	3,23%
Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis/Eigenkapital*100	2,66%	8,09%	231,46%
Reinvestitionsquote Investitionen/Abschreibungen*100	14,79%	23,15%	303,13%
Cash Flow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderung der Rückstellungen	303.258 EUR	316.045 EUR	363.361 EUR
Personalkostenintensität Personalkosten/Gesamtkosten*100	51,16%	51,64%	50,49%

Lagebericht des Neurologischen Rehabilitationszentrums Quellenhof in Bad Wildbad GmbH

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Neurologische Rehabilitationszentrum Quellenhof befindet sich in seinem vierzehnten Betriebsjahr. Der hohe Kostendruck der Sozialversicherungssysteme verhindert seit Jahren eine angemessene Anpassung der Vergütungssätze. Von 1996 bis 2008 sind die Vergütungssätze insgesamt um lediglich 3,4% (Phase D) bzw. 4,4% (Phase C) angehoben worden. Im Vergleich dazu stiegen die allgemeinen Verbraucherpreise im selben Zeitraum um insgesamt 20,7%.

Aufgrund der Integration der rheumatologischen Akutabteilung der Sana Kliniken Bad Wildbad GmbH waren die Kapazitäten in den Jahren 2007 bis Mai 2009 um eine Station (23 Zimmer) reduziert. Seit Mai stehen der Klinik wieder alle Patientenzimmer zur Verfügung.

Die Marktposition ist aufgrund der hervorragenden Profilierung der Klinik als MS-Kompetenzzentrum unverändert gut. Dies zeigt sich in einem anhaltend hohen MS-Anteil (59%). Neben der im Jahr 2007 erfolgten KTQ-Zertifizierung stellt sich die Klinik mehreren Qualitätssicherungsprogrammen und externen Befragungen, welche die qualitative Entwicklung der Klinik bestätigen und weiter unterstützen.

2. Pflegesatzverhandlungen

Die Vergütungssätze konnten im Jahr 2009 nur uneinheitlich erhöht werden. Mit den Rentenversicherungsträgern (DRV) sowie dem Verband der IKK/BKK wurde eine Erhö-

hung um 1,41% vereinbart. Die preisliche Umsetzung erfolgte zum 01.10.2009 und hat eine Laufzeit von einem Jahr. Mit dem Verband der Ersatz-Krankenkassen (VdAK) wurde mit Wirkung zum 01.01.2010 eine Erhöhung um 1,54% vereinbart. Mit der AOK können die Vergütungssätze ebenfalls erst ab 2010 um 1,0% erhöht werden. Weitere Erhöhungen der Vergütungssätze waren nicht möglich. Die bereits vereinbarten Fallpauschalen blieben unverändert.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

3.1 Ertragslage

Insgesamt konnte die Fallzahl in der Neurologie – gegenüber dem Vorjahr – bei guter Nachfrage um 71 Patienten (5,3%) erhöht werden. Die rheumatologisch/orthopädischen Fallzahlen blieben mit 59 konstant. Die Auslastung sank leicht von 98,7% auf 96,4%. Der Rückgang steht im Zusammenhang mit dem Auszug der internistisch/rheumatologischen Akutabteilung im Mai, was eine Erhöhung der Kapazität um 23 Zimmer mit sich brachte. Insgesamt waren in 2009 durchschnittlich 119,2 Betten (Vorjahr: 110,5) belegt. Der Anteil an AHB-Patienten blieb konstant bei 52,2%. Der Anteil an MS-Patienten stieg von 55,95% (Vorjahr) auf 59%, die durchschnittliche Verweildauer in der Neurologie von 29,3 Tagen (Vorjahr) auf 30,1 Tage.

Die Anzahl an Belegtagen (BT) ist von 40.334 (Vorjahr) auf 43.624 angestiegen (+8,2%). Der Umsatzanteil an Fallpauschalen erhöhte sich von 6,8% auf 11,0%. Die Anzahl an abgerechneten Phase B-Tagen konnte – im Wesentlichen aufgrund des C+ Modellprojektes mit der DAK – von 1.095 C+-Tagen auf 1.320 Tage gesteigert werden (+20,0%). Der Anteil an Pflegetagen, die mit den hohen Pflegesätzen der Phasen C und C+ abgerechnet wurden, blieb gegenüber dem Vorjahr konstant bei 33%. Der durchschnittliche Tagesumsatz je Fall in der Neurologie stieg von 170,41 auf 173,21 EUR.

3.2 Personal- und Sozialbereich

Ursächlich für den Anstieg der Personalaufwendungen (TEUR 112; 2,5%) sind insbesondere die Vergütungsentwicklungen durch Anwendung des Tarifvertrages der Sana Kliniken AG mit ver.di in sämtlichen nicht-ärztlichen Berufsgruppen zum 01.01.2009 sowie des Tarifvertrages zwischen der Sana Kliniken AG und dem Marburger Bund im ärztlichen Dienst.

Die Anzahl an beschäftigten Vollkräften konnte durch Ausgliederung der Hauswirtschaftsleitung (-1 VK) und durch Reduktion in der Haustechnik und Versorgungsbereich (-0,6 VK) auf 94,2 VK verringert werden. Diesem Rückgang stehen erhöhte Aufwendungen bei den bezogenen Leistungen (rd. TEUR 30) gegenüber.

3.3 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Klinik stand ab Mai 2009 eine Pflegestation mehr als im Vorjahr zur Verfügung. Infolge dessen entwickelten sich die belegungsabhängigen betrieblichen Aufwendungen proportional zur erreichten Belegungssteigerung. In den folgenden Sachkostenbereichen ergaben sich strukturelle bzw. preisliche Veränderungen:

- ein Anstieg der Energie- und Fernwärmekosten infolge weiterer Preiserhöhungen der Versorgungsunternehmen (TEUR 14)
- höhere Kosten für Honorare für nicht am Krankenhaus angestelltes Personal durch Zukauf von Pflegepersonal und Honorarkräften in der Therapie (TEUR 50).

3.4 Investitionstätigkeit

Im Rahmen der laufenden Investitionstätigkeit wurden Investitionen in Höhe von TEUR 40 getätigt, insbesondere Erweiterungen und Ersatzbeschaffungen von Therapie- und Dokumentationssoftware in der Psychologie und EDV-Hardware im medizinischen Bereich (TEUR 21) sowie kleinere Investitionsmaßnahmen im Patienten-/Therapiebereich (TEUR 19), wie in der Investitionsplanung vorgesehen, abgewickelt und über Eigenmittel finanziert.

Für das kommende Geschäftsjahr sind Investitionen in Höhe von TEUR 75 geplant, insbesondere für die Einrichtung und medizin-technische Ausstattung von Stationszimmern und Therapieräumen (TEUR 20), Ersatzbeschaffungen in der EDV (TEUR 35), sowie kleinere Investitionsprojekten (TEUR 20).

3.5 Finanz- und Vermögenslage

Durch die Erhöhung der Kapitalrücklage (TEUR 3.081, VJ TEUR 2.056) konnte eine weitere Verbesserung der Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft realisiert werden. In den kommenden Jahren werden die durchgeführten Maßnahmen zur Stärkung des Eigenkapitals zu Verbesserungen der Finanzergebnisse der Gesellschaft führen. Die Liquiditätsentwicklung verlief stabil. Die Liquidität der Gesellschaft war stets gesichert.

4. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung bekannt geworden.

5. Risikobericht

Eine zuverlässige Aussage über die zukünftige Nachfragentwicklung in der med. Rehabilitation ist wie in den Vorjahren nur begrenzt möglich. Die Entwicklung von Fallzahlen, Verweildauern, Verhältnis der Phasen im Jahre 2009 zeigt, dass trotz Einführung eines gesetzlichen Anspruchs vor allem die Krankenkassen dieses Segment ihres Leistungsangebotes dazu nutzen, um Einsparungen vorzunehmen. Dazu nutzen sie eine Vielzahl von Maßnahmen, wie z.B. immer kürzer befristete Kostenzusagen, Ignorierung von Einstufungen entsprechend dem Phasenmodell und Verweigerung von aufwandsgerechten Kostenzusagen. Dies birgt das Risiko, dass bei nur schwacher Preisentwicklung oder gar Stagnation und der Tendenz zu immer pflegebedürftigeren Patienten der Kostendeckungsgrad bestenfalls im Niveau verlagert wird. Die Klinik reagiert darauf mit verstärkter Zusammenarbeit mit Kostenträgern, die solche Mittel nicht einsetzen.

Darüber hinaus hat die Sana Kliniken AG zur frühzeitigen Erkennung von bestandsgefährdenden Risiken konzernweit bei allen Tochtergesellschaften ein ganzheitliches Risikomanagementsystem eingerichtet, das sowohl die frühzeitige Identifikation und Analyse von Risiken als auch die Ergreifung entsprechender Steuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet eine Vielzahl von Kontrollmechanismen so z.B. für den Bereich des Liquiditätsmanagements. Das konzernweit gültige Risikomanagementhandbuch enthält verbindliche Regelungen zur Erfassung, Analyse, Bewertung, Steuerung und Überwachung wesentlicher Risiken und sorgt durch seine risikopolitischen Grundsätze für ein konzernweit einheitliches Verständnis des Risikomanagements. Darüber hinaus wird der integrierte Risikomanagementansatz durch eine einheitliche Risiko-Management-Software unterstützt.

Die in der Risikomanagement-Software erfassten Risikomanagement-Informationen werden regelmäßig an den Vorstand der Sana Kliniken AG berichtet. Daneben besteht

für wesentliche Risiken eine verpflichtende Ad-hoc-Berichterstattung der Tochtergesellschaften an den Vorstand der Sana Kliniken AG.

Aktuell werden folgende Risiken als aktiv benannt, deren Eintrittswahrscheinlichkeit bei 10 bzw. 5% liegt:

- Das Phasenverhältnis (Klassifizierung des Schweregrad der Leistungserstellung im Reha-Bereich) verändert sich durch den Druck der Kostenträger nachteilig, wodurch sich der Umsatz je Patient und Tag reduziert.
- Einzelne Kostenträger belegen die Klinik nicht mehr, weil sie günstigere Anbieter finden.

In allen Fällen sind Gegenmaßnahmen eingeleitet, die nicht erwarten lassen, dass diese Risiken eintreten.

6. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet eine weiter steigende Nachfrage in der Phase C und C+, während im Bereich der Phase D eher mit einem Nachfragerückgang gerechnet wird, und zwar weniger durch vermehrte ambulante Leistungsangebote, die für die meisten der jetzigen Patienten keine Alternative darstellen, sondern vielmehr durch restriktive Vorgehensweise der Kostenträger bei der Erteilung und Befristung von Kostenzusagen.

Die Klinik hat sich darauf eingestellt, die Fallzahl in 2010 leicht zu erhöhen, weil das ganze Jahr die vollen Kapazitäten von 138 Betten zur Verfügung stehen. Dazu sieht die Geschäftsführung und ärztliche Leitung Wachstumschancen durch

- Kompetenz- und Qualitätsführerschaft im MS-Bereich bzw. Kompetenzzuwachs in den Indikationen Schlaganfall (incl. Phase B-Zulassung) und Post Polio
- Ausbau der regionalen und überregionalen Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und Selbsthilfegruppen
- Fortsetzung der Image- und Markenpflege.

Davon unabhängig wird unverändert auch in der Zukunft eine Anhebung der Vergütungssätze angestrebt.

Bad Wildbad, den 22.Januar 2010

(gez.)
Carsten Dürr
Geschäftsführer

C. Anhang

Feedback – Bogen

Um den Beteiligungsbericht des Landkreises Calw in Zukunft noch mehr an dem unterschiedlichen Informationsbedarf der Zielgruppen ausrichten und so weiter optimieren zu können, ist die Kreisverwaltung Calw auf Ihre Rückmeldung in Form von Anregungen und Änderungswünschen angewiesen. Aus diesem Grund möchten wir Sie auf diesem Wege bitten, uns Ihre Meinung über den Beteiligungsbericht 2009 mit Hilfe dieses Feedback-Bogens mitzuteilen.

Welcher Zielgruppe gehören Sie an?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Kreistag | <input type="checkbox"/> Mitarbeiter anderer Verwaltungen |
| <input type="checkbox"/> Einwohner des Landkreises Calw | <input type="checkbox"/> Beteiligungsunternehmen |
| <input type="checkbox"/> Mitarbeiter des Landkreises Calw | <input type="checkbox"/> anderer Personenkreis |

Wie würden Sie den Beteiligungsbericht beurteilen (Bewertung nach Schulnoten)

- sehr gut gut befriedigend ausreichend mangelhaft ungenügend

Erhalten Sie durch den Beteiligungsbericht die Informationen, die Sie wünschen bzw. benötigen, um sich einen Überblick über das jeweilige Unternehmen machen zu können?

- ja nur teilweise nein

Wenn nein, welche zusätzlichen Informationen würden Sie sich wünschen bzw. was vermissen Sie?

.....
.....
.....
.....
.....

Welche Angaben halten Sie für überflüssig?

.....
.....

Wie beurteilen Sie die Menge der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen?

- zuviel genau richtig zu wenig

Welche weiteren Verbesserungsvorschläge bzw. Kritikpunkte haben Sie?

.....
.....

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Bitte zurück an
Landratsamt Calw
Abteilung Finanzen
Carmen Lörcher
Vogteistraße 42 – 46
75365 Calw
Tel: 07051/160 113
Fax: 07051/795 113
Email: 12.Loercher@kreis-calw.de